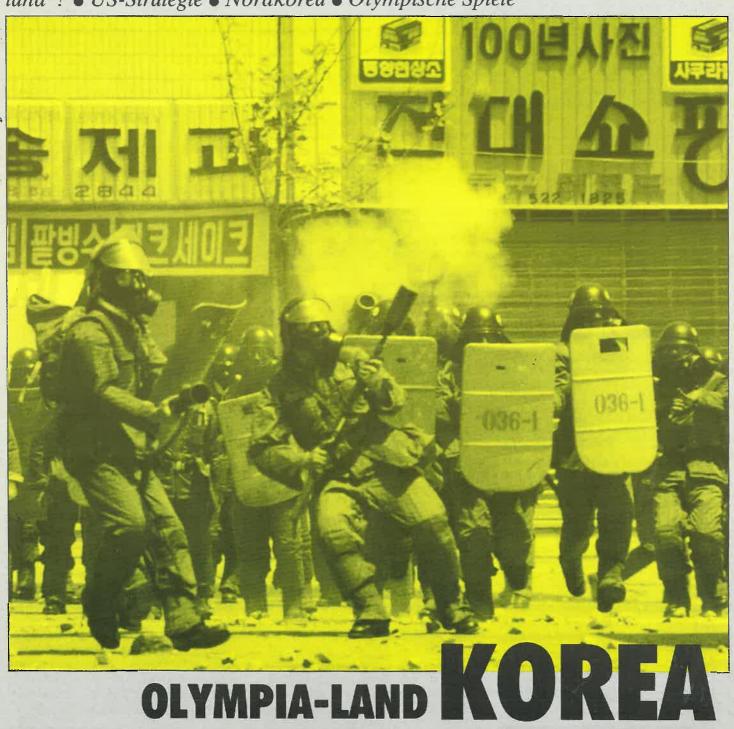


Südkorea zwischen Kwangju und Olympia • Geteiltes Land – "Schwellenland"? • US-Strategie • Nordkorea • Olympische Spiele





Inhalt

Einleitung Olympialand Südkorea – Se-	
ouls Rechnung geht auf	H/18
Südkorea Geteiltes Land - "Schwellen- land"? Korea-Daten Südkorea - ein Modell für wen? Zwischen Kwangju und Olym- pia "8-Punkte-Erklärung" Roh Tae Woos	HI/19 IV/20 IX/25 XI/27 XIII/29
Nordkoreas Selbständigkeit Dschutsche und Personenkult 5-Punkte-Vorschlag Nordkore- as zur Wiedervereinigung	XV/31 XVII/33 XVIII/34
USA-Siidkorea-Japan. Dreie- rallianz im Nordwestpazifik	XIX/35
Sommerolympiade zwischen Politik und Kommerz	XXIII/39
KOREA Olympia Kampagne '88. Verbindung schaffen!	XXVI/42
Aktions- und Materialspiegel Medien, Bücher und Broschü- ren, Kontaktadressen, Zeit- schriften/Bulletins	XXVII/43

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: Du Yul-Song, Martin Schuck, Dr. Rainer Werning

Redaktionsschluß: 4. März 1988

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köin 51, Teletex 2214284 pahl. Vertrieb: Telefon 0221/36002-0

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198)

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Volkszeitung, Contraste, Publik-Forum, atom, Kritische Aktionäre

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: Nuevo Diario, Time, Newsweek, USN&WR, Far Eastern Economic Review

Südkorea

Rainer Werning

Seouls Rechnung geht auf

Wenn am 17. September d.J. im Stadion von Seoul das olympische Feuer entzündet wird, ist für die südkoreanischen Machthaber ein lang gehegter Wunschtraum in Erfüllung gegangen.

Vermittels der XXIV. Olympischen Sommerspiele wird sich Südkorea weltweit als entwickeltes Industrieland mit sozialem Frieden präsentieren und den Norden noch weiter in die Isolation treiben können. Die Befürchtungen Seouls, daß es aufgrund der Massenaktionen gegen die Diktatur oder wegen der Nichteinbeziehung Nordkoreas in die Ausrichtung der Wettkämpfe zu einem Boykott oder einer Verlegung der Spiele kommen könnte, waren bereits Anfang 1988 ausgestanden.

Die optimistischen Erwartungen des Regimes haben ein halbes Jahr vor dem Beginn der Spiele beträchtlichen Aufwind erhalten. Der neue ..starke Mann", Ex-General Roh Tae Woo, sieht sich durch die Dezemberwahlen (1987) als demokratisch legitimierten Präsident. Im Ausland, ja selbst innerhalb der um Kim Young Sam gruppierten parlamentarischen Opposition, wird das nicht anders gesehen. Außerdem verweist Seoul mit berechtigtem Stolz auf eine Rekordzusage; immerhin beabsichtigen die Wettkampf-Mannschaften von über 160 Ländern, im "Geiste des Friedens und der Völkerverständigung" an den Start zu gehen.

Schließlich ist das telegene und gut getimte "Geständnis" einer "nordkoreanischen Spionin", gemeinsam mit einem Komplizen im November letzten Jahres den Absturz einer südkoreanischen Verkehrsmaschine über birmanischem Staatsgebiet durch einen Sprengsatz verursacht zu haben, in den Medien zur .. Tatsache" hochstilisiert worden. Mit weitreichenden und noch nicht kalkulierbaren Folgen - so ist in den vergangenen Tagen in Seouls Straßen mehrfach lautstark zur staatlichen Lynchjustiz aufgestachelt worden. Die Köpfe von Nordkoreas Führer Kim Il Sung und dessen Sohn Kim Jong Il sollten "rol-

Daß sie bzw. die Staats- und Parteiführung der Demokratischen Volksrepublik Korea ein nahezu ausschließlich mit südkoreanischen Arbeitern besetztes

Flugzeug vom Himmel schießen, mag nur dann einen "Sinn" ergeben, wenn man das seit dem Korea-Krieg beharrlich gepflegte (Zerr)Bild verinnerlicht hat, wonach in Nordkorea das schlechthin "Diabolische des Kommunismus" verkörpert ist. Wer sich einmal die lohnenswerte Mühe macht, die Zeitungen jener Tage durchzublättern, wird rasch begreifen, daß der Korea-Krieg nicht nur "unser" innenpolitisches Klima (z.B. in der Debatte um die Wiederaufrüstung) nachhaltig beeinflußte, sondern der hiesige Antikommunismus einen Gutteil seiner Munition gerade aus den Bombentrichtern entlang des 38. Breitengrades be-

Seouls glitzernde Fassaden und großzügig angelegte Infrastruktur (Hotels, U-Bahn- und Schnellstraßen-System u.ä.) werden die Kulisse eines Landes abgeben, das gleichermaßen in den Medien und unter Modernisierungs-Apologeten überschwengliche Reaktionen auslösen wird.

Die Opposition hofft, die Spiele für den Durchbruch zu demokratischen Verhältnissen nutzen zu können

Bis dahin hofft man, die "Wegsanierten" (einige zehntausend Personen, niemand) kennt ihre genaue Zahl) an die Fransen der auswuchernden Hauptstadt abgeschoben, sie zumindest außer Sichtweite geschafft zu haben. Als "Schwellenland", "neuindustrialisiertes Land", als geglücktes Beispiel einer "nachholenden Entwicklung" und der "bessere Teil" des geteilten Landes setzt man in Seoul auf die endgültige internationale Anerkennung. Das mag, sofern damit ausschließlich die makroökonomischen Kennziffern ins Visier genommen werden, zutreffen. Doch das ökonomische "Modell Südkorea" ist gerade nicht von Militärdiktaturen, von den massiven staatlichen Interventionen in Politik und Wirtschaft und von der extrem repressiven Arbeitsund Sozialgesetzgebung zu entkoppeln. So entspricht es gleich einer zweifachen List der Geschichte, daß die in der Ära Reagan und von Internationalem Währungsfonds und Weltbank stets beschworenen Heilkräfte von Entstaatlichung, Deregulierung, Marktöffnung, restriktiver Geld- und Fiskalpolitik und Importliberalisierung von wachsendem Protektionismus begleitet wurden und die südkoreanischen Machthaber just all diese "Ideale" wie kaum ein zweites Regime "mißachteten". Wie anfällig eine "Wachstumsdiktatur" gegenüber Liberalisierungstendenzen ist, haben die landesweiten Arbeiterstreiks im vergangenen Herbst demonstriert.

Es gibt im Lande keine nennenswerte politische Kraft, die für den Boykott der Spiele eintritt, geschweige denn mit einer solchen Haltung Rückhalt in der Bevölkerung genösse. So sehr das amtierende Regime in den "magischen Pal-Pal" (den '88er-Spielen) ein Vehikel für seine Reputation sieht, so unbestritten ist die im Prinzip akzeptierte Hoffnung der parlamentarischen Opposition und des schillernden außerparlamentarischen, Widerstandes, ihrerseits "Pal-Pal" für den längst überfälligen Durchbruch zu demokratischen Verhältnissen zu nutzen. Doch über diese prinzipielle Übereinstimmung hinaus deutet momentan wenig darauf hin, daß sich zwischen beiden Oppositionssträngen zumindest ein strategischer Konsens im antidiktatorischen Kampf herstellt.

Gelingt es nicht, die innenoppositionelle Zersplitterung in den kommenden Monaten zu überwinden, so könnte des Regimes "regulierte vorolympische Freiheit" nach dem 2. Oktober, dem Ende der Spiele, jene Form annehmen, die ein Regierungsbeamter am 21. Oktober 1986 gegenüber der Seouler Tageszeitung "Chosun-Ilbo" so formulierte: "Die linksgerichteten Kräfte in unserer Gesellschaft müssen wir bis zur Wurzel ausrotten."

Und was in Südkorea als "links" gilt, regelt u.a. das noch immer intakte "Gesetz zur nationalen Sicherheit"...



Rainer Werning leitet seit Sommer 1986 die bei terre des hommes Deutschland e.V. (Osnabrück) angesiedelte Korea-Informationsstelle, die die Korea Olympiade Kampagne '88 publizistisch begleitet.



Die Demilitarisierte Zone (DMZ) trennt Nord- und Südkorea

Du-Yul Song/Rainer Werning

Geteiltes Land "Schwellenland"?

Für die südkoreanischen Machthaber bedeutete die IOC-Entscheidung, die Ausrichtung der XXIV. Olympischen Sommerspiele an Seoul zu vergeben, die Erfüllung eines lange gehegten Wunschtraums. Für sie gilt es, sich über die Sportschiene als modernes, entwickeltes Industrieland mit sozialem Frieden und der wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber dem "kommunistischen Norden" zu präsentieren. Diese Selbsteinschätzung der südkoreanischen (Militär)Machthaber scheint sich auffallend mit den Analysen jener entwicklungspolitischen Theoretiker zu decken, die nicht nur generell von der Möglichkeit einer erfolgreichen "nachholenden Entwicklung/Industrialisierung" überzeugt sind, sondern diese in konkreter Gestalt und modellhaft im Falle Südkoreas eingelöst sehen.

Ist Südkorea ein in vielfacher Hinsicht und vor allem für die sog. Dritte Welt vorbildhafter Musterknabe? Gleichrangig mit dieser Frage nach dem Modellcharakter Südkoreas für eine erfolgreiche Befreiung aus Rückständigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung ist die Analyse der konstitutiven Faktoren des (wirtschafts)politischen Entwicklungskurses, den das Land seit dem Zusammenbruch der japanischen Kolonialmacht am Ende des 2. Weltkrieges verfolgte. Im besonderen sind hier die Klassenverhältnisse sowie die Rolle des Staates, seine Sozial- und Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit externen militärstrategischen und Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen.

Hatte die "Japanisierung" (1910-45) die feinsten kapillarischen Verästelungen von Kultur, Politik, Wirtschaft und Recht auf der koreanischen Halbinsel durchdrungen, so war dennoch die nationale Einheit Koreas intakt geblieben. Während des antijapanischen Widerstandskampfes war landesweit ein aus Konservativen, Nationalisten und Kommunisten bestehendes Netz örtlicher Volkskomitees entstanden, die nach der Kapitulation Tokios (14. August 1945)

potentielle Träger eines demokratischen Neubeginns waren.

Gleichzeitig hatten die US-amerikanischen Streitkräfte im Fernen Osten die Generalorder Nr. 1 erlassen, die die Entwaffnung der Truppen des Tenno durch die USA und die Sowjetunion vorsah. In Übereinstimmung mit den zwischen beiden Siegermächten zuvor in Kairo, Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen wurde Korea zwecks Überwachung der Demobilisierung der Kriegsmaschinerie Tokios besetzt, wobei der 38. Breitengrad als eine Art künstliche Trennlinie fungierte.

Anfang September 1945, die 7. US-Infanteriedivision war gerade in Inchon (Westküste Koreas) gelandet, konstituierte sich in Seoul die aus der Repräsentativen Versammlung der Volkskomitees zur Vorbereitung der nationalen Unabhängigkeit hervorgegangene Regierung der Volksrepublik Korea. Diese Republik entpuppte sich als eine Totgeburt; weder sie noch deren Regierung wurde von den einrückenden US-Besatzungstruppen anerkannt. Zur einzig legitimen Regierung ernannte sich stattdessen am 10. Oktober die U.S. Army Military Government in Korea



Korea-Krieg: US-Truppen beobachten das brennende Seoul

(USAMGIK).

Politisch inthronisiert wurde mit Dr. Syngman Rhee ein Mann, der mehr als drei Jahrzehnte in den Vereinigten Staaten zugebracht hatte. Er avancierte als US-Protegé zum bestimmenden politischen Bezugspunkt der vormals mit den Japanern kollaborierenden Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Staatsbürokraten. Aufgrund seiner Vertrautheit mit dem "American Way of Life" garantierte Rhee in der Sicht Washingtons eine kalkulierbare Politik, die an die noch unter den Japanern gelegten kolonialen Strukturen anknüpfen und sich überdies als Keil gegen ein wachsendes sozialrevolutionäres Potential empfehlen konnte.

In von US-amerikanischen Behörden durchgeführten öffentlichen Meinungsumfragen zog denn auch die Mehrheit der südlich des 38. Breitengrades lebenden Bevölkerung die japanische der USamerikanischen Okkupation vor, da faktisch jedermann, der sich außerhalb des schmalen Herrschaftszentrums Rhees bewegte, als "Kommunist und/ oder Verräter" behandelt wurde. Dieses Stimmungsbild dürfte maßgeblich durch die Entwicklung im nördlichen Landesteil beeinflußt worden sein. Dort hatte sich die sowietische Besatzungsmacht nicht gegen die ursprüngliche koreanische Regierung gestellt, sondern über die Duldung der Volkskomitees hinaus die Kommunisten um Kim il Sung unterstützt. ¹ Ein erstes sozialpolitisches Signal setzte die im Norden schon im Frühjahr 1946 erwirkte Bodenreform, von der zunächst über 700.000 besitzlose Bauernfamilien in Form von Landzuteilungen profitierten.

Nachdem die innenpolitischen Auseinanderentwicklungen durch den amerikanisch-sowietischen Dissens in bezug auf die Modalitäten einer Vereinigung des Landes vertieft wurden, setzten die konservativen bis reaktionären, einst mit Tokio und nun mit den Amerikanern liierten Kräfte wenn schon nicht auf die gesamtkoreanische Karte, so doch auf die Konsolidierung des Südens unter ihrer Ägide. Separatwahlen im Mai 1948 und die einsetzende Internationalisierung der ..Korea-Frage" qua Einschaltung der Vereinten Nationen bildeten dabei die tragenden Elemente.² Im

August 1948 proklamierte Rhee die Republik Korea (Südkorea; ROK), während im darauffolgenden Monat in Pjöngjang die Koreanische Volksdemokratische Republik (Nordkorea; KVDR) ausgerufen wurde.

Hatte die Sowjetunion ihre Besatzungstruppen 1948 aus Nordkorea abgezogen, so ordnete die amerikanische Regierung ein Jahr später den (Teil-)Abzug ihrer Kontingente aus dem Süden der Halbinsel an. Die Kontrolle über die dortigen Polizei- und Armeeinheiten, fast ausnahmslos aus der japanischen Kolonialzeit herübergerettet, blieb indes der US-Befehlshoheit unterstellt. Daß diese "Ordnungskräfte" jeden Widerstand zerschlugen³, geschah nicht allein aus Gründen einer übergeordneten Staatsräson. Militanter · Antikommunismus wurde sukzessiv zur Staatsideologie erhoben, mit der Konsequenz, daß allein die Existenz der KVDR als latente Bedrohung wahrgenommen und ihr eine ungezügelte "Invasionslust" angedichtet wurde. Dieses Argumentationsmuster erhielt im außenpolitischen Kontext (Gründung der VR China im Oktober 1949) zusätzlich Aufwind in Form einer sich verschärfenden Ost-West-Blockkonfrontation.

Der von Juni 1950 bis Juli 1953 währende Korea-Krieg bildete die erste "Probe aufs Exempel" der "Roll-Back"-Strategie Washingtons. Diese kam auch dem innenpolitischen Kalkül der fragilen Regierung Rhee entgegen und war zumindest deren Herrschaftsstabilisierung dienlich. Bedeutsamer als die Klärung der Frage, wer nun wann und unter welchen Umständen entlang des 38. Breitengrads, der seit Bestehen der ROK und KVDR zur Staatsgrenze geworden war. den ersten Schuß abfeuerte, waren die durch diesen mit eskalierender Grausamkeit geführten Krieg geschaffenen Fakten samt der gelieferten Rechtfertigungslegende. Nach dem Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom (1953) war Korea ein ohne eigenes Verschulden hoffnungslos in zwei feindliche Teile zerrissenes Trümmerfeld.4

Die seither von Washington vertretene und im Westen mit mehr oder minder rascher Bereitwilligkeit kolportierte These, Nordkorea habe Südkorea überfallen und damit erstmals die dem Kommunismus eigentümliche Aggressivität unter Beweis gestellt, steht jedoch mit der Koreaforschung auf Kriegsfuß.

Wirtschaftliche Stagnation, politische Isolierung, Massenproteste und Unruhen (vor allem unter den Studenten und Arbeitern), Korruption und "Unstimmigkeiten" in Militär und Polizei führten 1960 zum Sturz Rhees. Mitte August 1960 begann dann mit Chang Myons Amtsantritt der kurze "Seouler Frühling". Seine Regierung griff zwar die weitverbreitete Forderung nach einer Säuberung der mit seinem Vorgänger liierten Kräfte in Nationalpolizei, Bürokratie und Verwaltung auf. Auf Schwierigkeiten stieß allerdings der Regierungsplan, die Streitkräfte um 100.000 Mann auszudünnen. Diesem Anliegen widersetzten sich nicht nur die Militärs; in Washington wurde der Truppenreduzierungsplan als "abenteuerlich" abqualifiziert und schlankweg für unausführbar erklärt.

Der im Mai 1961 inszenierte Militärputsch bildete den abschließenden Höhepunkt monatelang geführter Diskussionen um Umbesetzungen in der Militärhierarchie. Aus all diesen Querelen, so die Befürchtung, könnte der Norden politisches Kapital schlagen und die "nationale Sicherheit" unterminieren. Der Militärputsch, in dessen Verlauf Generalmajor Park Chung Hee neuer Staatspräsident wurde, unterstrich auch, daß die USA einem Machtverlust auf ihrem mittlerweile zur vorgeschobenen Militärbasis aufgewerteten ostasiatischen Brückenkopf nicht tatenlos zuzuschauen gedachten. Nach Jahren massiver Stärkung des (mit Ausnahme der Präsidialgarde des Capital Garrison Command) ihrem Befehl unterstellten südskoreanischen Militärs und geduldeter Kaltstellung oppositioneller Stimmen hatten sich die Vereinigten Staaten in eben diesem Militär ihre verläßlichste Stütze geschaffen.

Trotz der knapp 2,5 Mrd US-Dollar (\$), die die USA seit 1954 nach Südkorea gepumpt hatten, befand sich die Wirtschaft in einem desolaten Zustand. Gut 25% der erwerbsfähigen Bevölkerung waren zu Beginn der 60er Jahre arbeitslos. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen lag unterhalb der 100-\$-Marke. Der durchschnittliche Bauernhaushalt mit

mindestens sechs Familienangehörigen bebaute lediglich zwei Morgen Land. Der Süden Koreas, traditionell die Reiskammer des Landes, befand sich aufgrund der Spaltung in der mißlichen Lage, von nennenswerten Rohstoffen und Schwerindustrien abgeschnitten zu sein; diese befanden sich im nördlichen Landesteil.

Das Blatt wendete sich, als Park auf Drängen seiner militärischen Berater die Grundzüge jener umwälzenden Wirtschaftsstrategie entwarf, die Südkorea bald internationale Bewunderung und das Etikett eines dynamischen "Schwellenlandes" einbringen sollte.

Worauf beruhte dieser Wandel? Die Besonderheit der Nachkriegsbeziehungen zwischen Tokio und Seoul bestand in der für Japan profitablen US-Interventionspolitik in Korea (was in erster Linie den Konsumgütersektor belebte), während die unmittelbaren japanisch-(süd)koreanischen Kontakte bis 1965 schmalspurig verliefen. Erst in jenem Jahr wurde der bilaterale Normalisierungsvertrag unter-

Mit dem Vertragsabschluß eröffnete sich

von zunächst 800 Mio \$.

Ein hervorstechendes Merkmal der japanischen Geschäftspolitik stellte die Auslagerung obsoleter (und stark umweltbelastender) Technologien sowie überschüssiger Produktionskapazitäten nach Südkorea dar, was als Privat, hilfe" galt. Japanische Halbprodukte wurden zwecks Endfabrikation in wachsenden Mengen importiert, wobei Präsident Park die Japaner lediglich drängte, sich pro forma eines südkoreanischen "Partners" (in der Regel ein Strohmann) zu bedienen.

Durch den Einstieg in das Pohang-Stahlgeschäft Ende der 60er Jahre markierte Tokio den Beginn seiner fortan beherrschenden Stellung im Wirtschaftsgeschehen des Landes. Erleichtert wurde dies durch die zur selben Zeit verfügte Gesetzesregelung, Industrien mit auslandsgestützten Kapitalinvestitionen als "Unternehmen des öffentlichen Interesses" zu kategorisieren. Streiks waren in solchen Firmen prinzipiell untersagt.

Von 1960-75 wuchsen Südkoreas Exporte von 32 Mio auf 5,4 Mrd \$. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts erreichte



Die Unterdrückung des Massenaufstands von Kwangju forderte 2000 Todesopfer

eine für alle Beteiligten - die USA, Japan und Südkorea - vorteilhafte Perspektive. Die USA federten ihre durch den Indochina-Krieg verursachten negativen Zahlungsbilanzdefizite partiell durch ein wirtschafts- und finanzpolitisches Einbinden Tokios in ihre Korea-Politik ab. Japanisches Kapital konnte ab 1965 ohne nennenswerte Auflagen und lukrativ im Nachbarland investiert werden. Schließlich zog Seoul über seine politische Aufwertung hinaus⁵ materiellen Nutzen aus dem neuen "Aussöhnungskurs". Für seinen 1. Fünfjahresplan (1962-66) erhielt es japanische Kredite

in den 60er Jahren 8,7% und in den 70er Jahren noch 8,1%, während das jährliche Pro-Kopf-Einkommen allein zwischen 1968 und 1973 von 100 auf 373 \$ stieg. Solche Wirtschaftszweige wie die Düngemittel-, Chemiefaser-, Nahrungsmittelund Zementindustrie befanden sich mehrheitlich in US-amerikanischem und/oder japanischem Besitz.

Die Ausrichtung der südkoreanischen Ökonomie auf die Erfordernisse des ausländischen (vorwiegend japanischen) Kapitals im Sinne einer "internationalen vertikalen Arbeitsteilung", in der Südkorea der Part eines Weiterverarbeitungs-

Korea-Daten

	Nordkorea	Südkorea
Fläche (qkm)	120.538	99.173
Einwohner (Mio)	20,4 (85)	41.1 (85)
Bruttosozialprodukt/Kopf (\$)	1.890 (79)	2.150(85)
Beschäftigte in der Industrie (%)	30 (80)	27 (80)
Beschäftigte in der Landwirtschaft (%)	43 (80)	36 (80)
Einfuhr (Mio \$)	1.600 (83)	31.129 (85)
Ausfuhr (Mio \$)	1.200 (83)	30.283 (85)
Wichtige Ausfuhrgüter	Eisen/Stahl, Gold, Magnesit	Textilien, Maschinen
Haupthandelspartner	UdSSR, China, Japan	USA, Japan
Auslandsverschuldung (Mrd\$)	1.9 (84; nur Westen)	48,0 (85)
1 DM = Währungseinheiten	0,56 Won (Sept. 87)	436 Won (Scpt. 87)
Arbeitslosenrate (%)	0	ca. 10
Lebenserwartung (Jahre)	73 (84)	69 (85)
Arzte pro 10,000 Finwohner	24,0 (83)	7,2 (85)
Analphabetenrate (%)	5 (75)	7 (80)
Kalorienversorgung/Kopf	3.151 (85)	2.841 (85)
Getreideimporte (1.000 t)	200 (85)	6.826 (85)
Energieverbrauch/Kopf (kg Erdőleinheiten		1.241 (85)

(Die Zahlen für Nordkorea beruhen großteils auf Schätzungen von UN-Organisationen)

Workshops zufiel, blieb zunächst bestimmend für dieses "Neuerertum". Institutionell in das "Japan-ROK Cooperation Committee" eingebettet, sah dieser "Anpassungsprozeß" die Auslagerung großer Teile der Stahl-, Aluminium-, petrochemischen und selbst Schiffsbauindustrie nach Südkorea vor, wo insbesondere die "komparativen Kostenvorteile" angesichts der weltweit längsten Arbeitszeiten, des durch Fremdfinanzierung gestützten Aufbaus einer guten Infrastruktur (inklusive komplett errichteter Exportproduktionszonen wie in Masan) und einer extrem restriktiven Arbeitsgesetzgebung durchschlugen und das Land in eine "überseeische Zweig-



Südkoreanischer Exportschlager PKW

stelle der japanischen Wirtschaft" verwandelten.6

Die "Internationalisierung" der südkoreanischen Ökonomie, d.h. ihre Einbindung in einen maßgeblich von japanischen Interessen beherrschten Wirtschaftsblock, entsprach der US-amerikanischen Forderung nach einem regionalen "Lastenausgleich" durch Tokio. Dieser trug nicht nur maßgeblich zur Konsolidierung des seit Mitte der 60er Jahre für die "Sicherheit" Nordostasiens (faktisch) entstandenen Dreierallianzsystems bei. 7 Er erlaubte Washington, das auf der Halbinsel nebst ca. 41.000 Soldaten sein in Asien wahrscheinlich größtes Atomwaffenarsenal unterhält, auch durch den Rückgriff auf südkoreanische Kampftruppen die Eskalation des Indochina-Krieges.8

"Soziale Unruhe aller Art, welche die nationale Sicherheit gefährdet, wird nicht geduldet und alle Unruheelemente

werden beseitigt. Verantwortungslose Diskussionen über Fragen der nationalen Sicherheit müssen unterbleiben. (...) Jeder Bürger muß bereit und entschlossen sein, schlimmstenfalls im Interesse der nationalen Sicherheit einen Teil seiner Freiheit zu opfern." Dies waren die Kernsätze einer Erklärung, mit der Präsident Park im Dezember 1971 den "nationalen Notstand" ausrief. Im Oktober 1972 wurden schließlich die Verfassung außer Kraft gesetzt und das Kriegsrecht über den Teilstaat verhängt.

Die Kriegsrechtsjahre und die Zeit nach dem Kwangju-Massaker im Mai 1980, in dessen Verlauf ca. 2.000 Menschen niedergemetzelt wurden und sich der Fallschirmjäger-General Chun Doo Hwan als neuer "starker Mann" empfahl, bildeten das "eiserne Korsett" einer generalstabsmäßigen Industrialisierung und Entwicklungsstrategie exportgelenkten Typs. Diese nahm staatlicherseits ein immer weiteres Auseinanderklaffen von Wachstum und Verteilung in Kauf.

Dieses Wachstum selbst basierte auf der in ganz Asien höchsten und weltweit vierthöchsten Auslandsverschuldung ca. 51 Mrd \$ im Herbst 1986. Deren Abbau soll durch eine forcierte Exportoffensive betrieben werden, was sich angesichts der extremen Anfälligkeit Südkoreas gegenüber "Schwankungen" auf dem Weltmark und des international gewachsenen Protektionismus als problematisch erweisen dürfte. Schon jetzt verspricht die Schiffsbau- und teilweise (durch Überkapazitäten gekennzeichnete) Stahlindustrie keinerlei Boomaussichten mehr.

Das "Wachstumsmodell Korea" ist mit dem "Exportmodell Korea" gleichzusetzen, weil nur die Exportoffensive und -erfolge die hohe Steigerung des Bruttosozialproduktes garantieren. Bei den Ausfuhren erzielte das Land durchschnittlich jährliche Wachstumsraten von 38,6% (1962-66), 33,8% (1967-71), 32,7% (1972-76) und 12,2% (1977-81). Im letzten, fünften Fünfjahresplan (1982-86), fiel die Zuwachsrate auf un-

Der Erfolg oder Mißerfolg dieses "Wachstums- und Exportmodells" ist davon abhängig, ob und wie fehlendes Kapital von außen störungsfrei zur Verfügung gestellt wird; die inländische Sparrate ist immer noch weitaus niedriger als beispielsweise in Singapur, Taiwan und Japan.

Der prozentuale Anteil des Schuldendienstes am Exporterlös belief sich auf 13,8% im Jahr 1979, auf 15,5% im Jahr 1982 und auf 21,5% im Jahr 1985. Wenn die kurzfristigen Schuldenaufnahmen mit einer Laufzeit unter einem Jahr mitberücksichtigt werden, stieg diese Rate 1982 bereits auf über 20%, womit Südkorea die kritische Obergrenze des

Schuldendienstes überschritt. Betrachtet man die Struktur dieser Auslandsverschuldung näher, so ist der gefährliche Kurs der südkoreanischen Wachstumsstrategie erkennbar:

Der Anteil der kurzfristigen Außenverschuldung unter einjähriger Laufzeit wuchs drastisch. Während die kurzfristigen Auslandskredite rund 2.6 Mrd \$ im Jahr 1978 betrugen, lag deren Summe 1985 bei 10,7 Mrd \$. Der Anteil der Auslandsschulden mit gleitenden Zinssätzen nahm so rasch zu, daß der Schuldendienst Südkoreas durch die Hochzinspolitik der Reagan-Administration zusätzlich belastet wurde. Dieser Anteil an den gesamten Auslandsschulden stieg im Zeitraum 1978-82 von 11 auf 55%. Für Tilgung und Zinsen mußte das Land

Vorzüge der "freien Wirtschaft"

zu Beginn der 80er Jahre 6 Mrd \$ zahlen

"Freie Produktionszonen sind wie Hilton-Hotels. Wenn man auf dem Gelände ist, weiß man nicht einmal, in welchem Land man sich befindet, und man spürt nichts von der Hektik des Alltags. Sie sind der Traum eines jeden Geschäftsmanns. Und die Arbeiter sind freundlich, gehorsam und sehen fast alle gleich aus. Manchmal fragt man sich, ob sie Mexikaner, Filipinos oder Araber sind.'

Ein amerikanischer Geschäftsmann 1979 in Südkorea

"Um ein solches Wachstum zu erreichen, kann man eben nicht anders, als erst einmal drei Generationen von Arbeitern zu ver-

Ein westdeutscher Industrieller 1979 in Südk orea

- mit der Konsequenz, daß gut 80% der neu aufgenommenen Auslandsdarlehen allein zum Abtragen der Schulden benötigt wurden. Zudem litt das "Exportmodell Korea" allzulange unter hohen Handelsdefiziten, die in den vergangenen Jahren zwar überwunden wurden, keineswegs jedoch auf Dauer gebannt sind. Das "Exportmodell Korea", seit reichlich 10 Jahren in Schwer- und Chemieindustrie mit Hilfe von Kapital und Technologie aus dem Ausland ausgebaut, ist aufgrund des zunehmenden Protektionismus in den Metropolen in Schwierigkeiten geraten.

Ein anderer Faktor, der sowohl für die negative Zahlungsbilanz als auch für die anhaltende Inflation in Südkorea verantwortlich ist, ist der durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) "empfohlene" Wechselkurs des Dollars zuungunsten des koreanischen Won. Dieser betrug 1972 1:398,50, erreichte 1977 1:484 und kletterte bis Ende 1986 auf 1:ca. 810 Won. Die gegenwärtigen externen Bedingungen für das "Modell Korea" sind wesentlich ungünstiger als

AlB - Die Dritte-Welt-Zeitschrift 4/1988

sie es für das "Modell Japan" waren: Der Korea-Krieg und der Vietnam-Krieg garantierten einen kontinuierlichen Exportzuwachs Japans. Außerdem folgte die weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie in Japan der Herstellung einer stabilen Binnenstruktur mittels der Produktion von Massenkonsum- und Investitionsgütern, während der Exportsektor und die Produktion von Luxusgütern in Südkorea überproportional entwickelt wurden.

Obgleich die Exportabhängigkeit Japans seit Beginn der 70er Jahre zunimmt, liegt dessen Exportquote (13,2%; 1985) weitaus niedriger als die in Südkorea, wo sie 35,1% ausmacht. Die Dynamik im "Modell Japan" liegt noch immer in den Triebkräften des binnenwirtschaftlichen Wachstums, während die südkoreanische Wachstumspolitik von Anfang an auf die exportorientierte Industrialisierungsstrategie ausgerichtet war. Die Stabilität der Binnenstruktur wiederum setzt eine adäquate Einkommensverteilung unter den Massen voraus, die im Zusammenhang mit der Arbeits- und Beschäftigungsstruktur zu betrachten ist.

Mit der beschleunigten Industrialisierung in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Erwerbstätigkeitsstruktur in Südkorea dermaßen stark verändert, daß sich die Relation zwischen dem primären, sekundären und tertiären Sektor von 72,3:6,4:21,3 im Jahr 1960 auf 35,8:23,7:40,5 zu Beginn der 80er Jahre veränderte und die aktuelle Beschäftigungsstruktur ähnliche Konturen wie im Japan der frühen 60er Jahre zeigt. Trotz dieses enormen Zuwachses im sekundären Bereich (Bergbau, verarbeitende Gewerbe und Bauwirtschaft) weist die südkoreanische Wirtschaft eine entscheidende Schwachstelle im Vergleich zur japanischen der 60er Jahre auf: Während die sog. "mittelgroßen Wachstumsbetriebe" (Chuken Kigyo) in Japan entstanden, finanziell relativ unabhängig beitsplatz. Die unsicheren Beschäftiund mit Mitteln der modernen Technogungsverhältnisse sind ferner daran ablogie ausgerüstet sind, bleiben die Kleinlesbar, daß zu Beginn der 80er Jahre nur ca. 30% dieser abhängig Beschäftigten und Mittelbetriebe in Südkorea bis heute ein segmentierter und rückständiger Teil regulär und der Rest temporär oder als im Industrie- und Beschäftigungssystem. Tagelöhner angestellt waren. Auch der Anteil der abhängig Beschäftig-

Ein anderer Aspekt in der Entwicklung des Arbeitsmarktes ist die ständige Erhöhung der Erwerbstätigkeitsquote unter Frauen: Sie stieg von 35,4% (1964) auf heute nahezu 48%. Von diesen erwerbstätigen Frauen ist der Anteil, der eine manuelle Produktionstätigkeit ausübt, ebenfalls ständig gewachsen.

Faktoren wie die unklare Trennlinie zwischen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und der ungesicherte Angestelltenstatus des überwiegenden Teils der abhängig Beschäftigten ermöglichen die bisherige Arbeitspolitik des "Wachstums-" bzw. "Exportmodells" Südkorea, da das Kapital mit Hilfe staatlicher Arbeits- und Lohnpolitik die sinnlich erfahrbare industrielle "Reservearmee" vor dem Fabriktor als eine disziplinierende Kraft der Arbeiterschaft noch effektiver einsetzen kann.⁹

Mit der forcierten Industrialisierung spielt der Lohn eine zunehmend wichtige Rolle bei der Reproduktion der Arbeitskräfte. Der Anteil des Arbeitslohnes am gesamten Einkommen einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie stieg von 76,6% (1970) auf 85% (1980). Aber das Verhältnis zwischen dem realen Lohnniveau und den Mindestlebenshaltungskosten zeigt ein stark gestörtes Bild: der Monatslohn einer städtischen Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,68-köpfig mit 1,26 Erwerbspersonen) betrug Ende



Die Armee sorgt mit für Ruhe in den Betrieben

ten an den Erwerbspersonen in Südkorea

betrug insgesamt 31,5% im Jahre 1963,

38,9% im Jahre 1974 und noch etwa

45% im Jahre 1978, während er im sel-

ben Jahr in Japan bei gut 70% und in der

BRD bei 85% lag. Das bedeutet, daß die

südkoreanische Arbeitsmarktstruktur

die Grenzen zwischen Arbeitslosigkeit

und Unterbeschäftigung verschwimmen

läßt. Etliche sog. "Selbständige" und

auch ihre Familienarbeitskräfte warten

eigentlich auf einen vollwertigen Ar-

Streikwelle im Herbst 1987



22/VI

AIB - Die Dritte-Welt-Zeitschrift 4/198

AKTIENBESTTZ

Menschen- und Umweltschutz

bei uns und in der Dritten Welt. Geht das?



Stimmrechtsübertragung oder Mitarbeit bei den

"KRITISCHEN AKTIONÄREN e.V."

Nähere Informationen bei: c/o G. Herter Prof.-Neeb-Str. 24 6501 Saulheim

Wenn die Utopie Praxis werden soll. ist Selbstverwaltung die Konsequenz

CONTRASTE, die Einzige Zeitung für Selbstverwaltung informativ - hintergründig - zielgerichtet

Monatlich berichten wir über Gegen-An-Sätze in allen gesell schaftlichen Bereichen: Selbstverwaltete Betriebe – Ökobank – Sozio-Kultur

Denn autonom heißt Selbstverwaltet.

Praktische Tips und Hinweise: Adressen – Finanzierung – Rechtliches – Termine Aufarbeitung, aktueller Diskussionen im monatlichen dreisei-

Probeexemplar zu 5,-DM in Briefmarken anfordern bei CONTRASTE, Postfach 104520, Abt.36 6900 Heidelberg

Zeitung für Selbstverwaltung TO THE CONTROL OF THE der 70er Jahre nur 160.000 Won, während sie mindestens 210.000 Won zum Lebensunterhalt benötigte.

Im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern fällt das niedrige Lohnniveau in Südkorea noch krasser aus: Setzt man den Stundenlohn in Japan 1986 auf 100, so betrug er entsprechend in Südkorea 16,3, in Taiwan 18,0, in Hongkong 19,7 und in Singapur 26,0.

Differenzierungen innerhalb der industriellen Arbeiterschaft sind in den vergangenen Jahren beschleunigt worden. Daten über die Lohndifferenzierungen nach Tätigkeitsgruppen, Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößen, Ausbildungsniveau und Geschlechtern verdeutlichen das. So verdienen Erwerbspersonen in Büro und Verwaltung ca. doppelt soviel wie manuell Tätige. In exportorientierten Industriebetrieben liegt das Lohnniveau etwa ein Viertel niedriger als in Firmen, die für den Binnenmarkt produzieren. Noch krasser sind die Unterschiede zwischen Klein- bzw. Mittelbetrieben und Firmen mit über 500 Beschäftigten, wo fast doppelt soviel bezahlt wird. Anfang der 80er Jahre verdienten Frauen nur 44% des Lohnes ihrer männlichen Kollegen.

All das zeigt, daß das "Export- und Wachstumsmodell" Korea auf einer Spaltungsstrategie des Kapitals zwischen dem relativ gut situierten Kern und den breiten "marginalisierten" Schichten der Arbeiterschaft basiert. Die schlechten Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft verknüpfen sich mit inakzeptablen betrieblichen Produktions- und Arbeitsbedingungen. Noch immer beträgt die Wochenarbeitszeit durchschnittlich 54.4 Stunden, doch in einigen Zweigen der verarbeitenden Industrie sowie in der Textil- und Bekleidungsbranche sind wöchentliche Arbeitszeiten bis zu 72 Stunden keine Seltenheit. Zwar ist der achtstündige Arbeitstag mit der Sechstagewoche gesetzlich geregelt, doch stehen die Bestimmungen nur auf dem Papier.

Schon 1970 haben die Arbeitsunfälle jährlich um rund 10% zugenommen. Allein 1983 wurden laut Statistiken des Arbeitsministeriums 152.500 Arbeiter durch Arbeitsunfälle (zum Teil schwer) verletzt. 1.452 Personen kamen bei Arbeitsunfällen ums Leben. Damit liegt die Sterberate infolge von Arbeitsunfällen in Südkorea 15mal höher als beispielsweise in Japan. Die erste spektakuläre Protestaktion gegen diese Reproduktions- und Arbeitsbedingungen war die Selbstverbrennung des 22jährigen Textilarbeiters Chun Tae IL im "Friedensmarkt" von Seoul im November 1970. "Wir sind keine Maschinen; wir sind doch Menschen", so lauteten seine letzten Worte. Weil der dritte Akteur neben Kapital und Arbeit, der Staat, einzig auf der Seite des

Kapitals steht, ja dessen Wachstum in Gestalt der sog. Finanzkonglomerate (Chaebol) lenkt und den "Arbeitsfrieden" für das "Exportmodell" notfalls mit Gewalt durchsetzt, dauern solche extremen Formen von Arbeitskonflikten und Konfliktlösungen an. Den Gewerkschaften als organisierter Interessenvertretung kommt aufgrund des niedrigen Organisationsgrades (rund 20% gegenüber 31% in Japan und gut 40% in der BRD) sowie der immanenten Organisationswidersprüche - wie die Isoliertheit der Betriebsgewerkschaften, Arbeiter., aristokratie" usw. - eine Alibifunktion für die Arbeits- und Sozialpolitik zu. Vor allem hat die repressive Arbeitspolitik der "Yushin" (Erneuerunfs- oder Wiederbelebungs-)Verfassung von 1972 die Gewerkschaften des Streikrechts beraubt und nur "gelben Gewerkschaften" ein Existenzrecht eingeräumt. Den Arbeitern bleiben als Kampfmittel nur spontane Streiks. Bereits in den 70er Jahren wurden jährlich über 1.000 Arbeitskonflikte und gar über 100 Fälle von Arbeitsverweigerung offiziell registriert, wovon etwa 70% allein auf Forderungen nach Lohnerhöhungen und der Auszahlung noch unbezahlter Löhne zurückgingen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. u.a.: Dae-Sook Suk, The Korean Communist Movement, 1918-3948, Princeton 1967 und Robert Scalapino/Chong-Sik Lee, Communism in Korea, Berkeley 1971 (9 Rde)
- 2) Näheres in: Rainer Werning, Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien, Bonn 1977 und Gavan McCormack/John Gittings (Hg.), Crisis in Korea, Nottingham
- 3) Vgl. William F. Dean, General Dean's Story, London 1954. Der Autor war von 1947-48 Militärgouverneur in Korea.
- 4) Näheres in: Michael Denis/Esther Dischereit/Du-Yul Song/Rainer Werning, Südkorea - Kein Land für friedliche Spiele, Reinbek 1988
- 5) Im Artikel 3 des Normalisierungsvertrages anerkannte Tokio beispielsweise den Seouler Anspruch, die einzige rechtmäßige Regierung in Korea zu sein.
- 6) Siehe u.a.: Du-Yul Song (Hg.), Wachstum, Diktatur und Ideologie in Korea, Bochum
- 7) Ausführlich in: Denis/Dischereit/Song/ Werning, Südkorea ..., a.a.O.
- 8) Seit 1965 schickte Park insgesamt 312.000 südkoreanische Soldaten auf "Rotationsbasis" nach Vietnam, für deren "Dienstleistungen" die USA 1,7 Mrd \$ zahlten. Vgl. Frank Baldwin (Hg.), Without Parallel: The American-Korean Relationship since 1945, New York 1974
- 9) Frederic Deyo/Stephen Haggard/Hagen Koo, Labor in the Political Economy of East Asian Industrialization, in: Bulletin of Concerned Asian Scholars, Boulder, Jg. 19, Nr. 2/1987, S. 42ff.

Du-Yul Song lebt seit längerem in West-Berlin und ist u.a. als Privatdozent an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster tätig.

Südkorea - ein Modell für wen?

Erst in den 70er Jahren rückte mit Südkorea ein Land ins Blickfeld der entwicklungspolitischen und -theoretischen Debatte, in dem sich infolge der wesentlich von den USA erzwungenen Spaltung und des "Krieges vor Vietnam" extrem repressive (Militar) Regimes etabliert hatten. Es war freilich weniger der von der westlichen Führungsmacht geduldete "Benien terror" (Noam Chomsky; etwa: der gutige Terror), der dieses Interesse weckte und zur Kritik Anlaß gab, sondern die durch beachtlich rasche und hohe Wachstumsraten gekennzeichnete Wirtschaftsentwicklung. In der Folgezeit galt denn Südkorea den Bewundetern und Befürwortern dieses Wachstums als "Modellfall" per excellence; für sie hatte sich ein "Dritte-Welt-Land" in die Kategorie eines "neuindustrialisierten Landes" (NIC) katapultiert.

Dieselben Entwicklungs- und Modernisierungs-Apologeten unterstrichen andererseits stets die Notwendigkeit, daß ein solches "Modell" einzig auf den Fundamenten einer marktwirtschaftlichen, das freie Spiel der Kräfte ermöglichenden Ordnung florieren kann, womit sozusagen nebenbei "sozialistisches Abenteurertum" als erledigt galt. Diese Apologetik zeichnet(e) eine eigentümliche "Entkoppelung" von Ökonomie und Politik aus mit dem Resultat, daß solche makroökonomischen Kennziffern wie das Wachstum des Bruttosozialprodukts und die Höhe des durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommens (in Südkorea im Jahre 1985 immerhin 2,094 US-Dollar) gewürdigt, dessen politische "Rahmenbedingungen" indes ausgeklammert und heruntergespielt oder als notwendiger Preis der "Modernisierung" betrachtet werden. Ökonomisch, so aroumentierte man später, funktioniere das "Modell Korea" relativ gut, obgleich es seit der Ermordung Präsident Parks im Oktober 1979 und nach der blutigen Niederschlagung des bewaffneten Volksaufstandes in Kwangju (Mai 1980) in eine politische Krise geriet.

Bestimmend für den besonderen sudkoreanischen Entwicklungsweg war das Zusammen-spiel und die Wechselwirkung folgender inncren wie äußeren Faktoren:

- Die militärische Okkupation des südlichen Teils der Halbinsel Korea erfolgte mit Unterstutzung einer schon unter den Japaners kollaborationswilligen dunnen lokalen Elite, in der ein nationalbourgeoises Element so gut wie gar nicht vertreten war.
- Die Ende der 40er Jahre durch Kompensationszahlungen von den USA finanziell mitgetragene Landreform hatte nicht nur den Effekt, daß die exorbitante Pachtrate (reichlich 90% der Bauern waren zu der Zeit Volloder Halbpächter), gesenkt, sondern gleichzeitig eine - allerdings kurzweilige - Importsubstitution gefördert wurde,
- In Ermangelung eigener Rohstoffe und eines aufnahmefähigen Binnenmarktes verlagerte sich das Gewicht seit Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre auf den lukrativeren Außen-
- · In diese Zeit fiel die Gründung der Firmenkonglomerate (Chaebol), die seitdem nicht nur in Verbindung mit ausländischem - vorwiegend US-amerikanischem und japanischem -Kapital aufgebaut, sondern zudem von den Militärregimes tatkräftig gefördert und geschützt wurden. Dies geschah durch direkte Weisungen (staatlich vorgegebene Planziffern beim Export) und indirekte Maßnahmen (z.B.

Steuerhefreiung, selektive Importlizenzen und Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen).

- Das Ende des Korea-Krieges (1953) sah Südkorea wie kein anderes Land an der Seite der USA - militärstrategisch, politisch und ökonomisch. Die wirtschaftliche und politisch-diplomatische Stützung des Landes galt als dringendes Gebot aller "freiheitliebenden" westlichen/westlich-orientierten Staaten. Als "Frontstaat" gegen den "aggressiven kommunistischen Norden" fiel ihm eine Sonderstellung auf dem (ost)asiatischen Festland zu.
- · Die exklusive, sämtliche Lebensbereiche abdeckende Schutzmachtfunktion der USA für Siidkorea wurde mit dem unter Präsident Park 1965 ausgehandelten Normalisierungsvertrag durch den "Erzfeind" Japan erweitert.

 • Als Folge dieser Entwicklung stellte sich
- eine extreme Abhängigkeit von den USA und Japan ein, die zwischen 1962 und 1984, also in der Hochphase der "generalstabsmäßigen" Exportorientierung, zusammen knapp 80% aller Direktinvestitionen im Lande tätigten und heute gemeinsam mit über 50% der Hauptabnehmer sudkoreanischer Ausfuhren sind. 1986 wies der bilaterale Handel mit Japan ein Rekordminus von ca. 6 Mrd \$ auf, wobei in der ersten Hälfte desselben Jahres allein die für die Sicherung des relativ hohen Exportnievaus notwendigen Einfuhren (Investitionsgüter, Maschinenparks, Ersatzteile und Rohstoffe) aus Japan gut 5 Mrd \$ ausmachten, Sind 60% aller Auslandsschulden (1985 = 51,4 Mrd \$) an die USA zurückzuzahlen, was bislang ohne Verzögerungen und teilweise vorfristig gelang, so hat Washington in der Vergangenheit jährlich Rustungsguter in Höhe von 1 Mrd \$ an Seoul losschlagen können.
- · Es entspricht einer gleich zweifachen Ironie der Geschichte, daß die gerade in der Ära Reagan und im Konglomerat von Internationalem Wahrungsfonds und Weltbank stets beschworenen Heilkräfte von Entstaatlichung, Dereguherung, Marktöffnung, restriktiver Geld- und Fiskalpolitik und Importliberalisierung von zunehmendem Protektionismus, flankiert" wurden und die südkoreanische Militardiktatur wie kaum ein anderes Regime die direkte Zurichtung der Wirtschaft betrieb.

Gelang es Seoul, bereits 1985 im Handel mit den USA einen Überschuß von über 4 Mrd \$ einzufahren, so verstärk te Washington seit Juli 1986 (mit dem bilateralen Handelsabkommen) die sukzessive Abschottung seiner Märkte für südkoreanische Textilien, Schuhe, Reifen, Fernsehgeräte und dergleichen. Unter die auf Drängen der USA erwirkte Importliberalisierung und Deregulierung fallen beispielsweise erhöhte (Rind)Fleisch- und Zigarettenimporte nach Südkorea und die "Öffnung" des Banken- und Versicherungswesens, was die Kontrollmöglichkeit auf die notorisch unterkapitalisierten Großfirmen beträchtlich erhöhen dürfte.

Zwar warnte die in Genf ansässige und auf Risikorecherchen von Kapitalanlagen im Ausland spezialisierte Capital Intelligence im Sommer 1987 davor, daß einige der Chaebol im Falle modifizierter Kreditvergaben bzw. Kreditsperrungen wie ein Kartenhaus zusammenfallen könnten. Doch noch befindet sich das Land im Sog der sog. "Drei Tiefs" - niedriger Dollarkurs, niedrige Zinssatze und niedriger Olpreis.

• Südkoreas Wachstum beruht auf massiven Auslandsdarlehen, importierten Technologien mit energieintensivem, überdimensioniertem,



Hallo, Fabrikmädehen (Kim Chun-Ho)

d.h. strukturell auf zusätzliche Exportsteigerung angelegtem Zuschnitt und einem faktisch seit Ende des Korea-Krieges (von kurzen Perioden abgesehen) anhaltenden "normalisierten Ausnahmezustand".

Daß in Sudkorea mit den weltweit längsten Arbeitszeiten und der weltweit höchsten Unfallquote am Arbeitsplatz keine gesetzlichen Bestimmungen über die Zahlung von Mindestlöhnen existieren, die in der Region niedrigsten Löhne gezahlt werden, die Gewerkschaften verboten bzw. zur Einflußlosigkeit verdammt bleiben und fortgesetzt eine Verquickung von Militärs und "IcCarthyistischer Justiz., die "nationale Sicherheit" in ihrem Sinne garantiert - all das hat für das in- wie auslandische Kapital zweifellos Modell-Charakter.

Zumindest für die Linke, aber auch für all diejenigen, die in Südkorea Demokratisierung, Gerechtigkeit und Wiedervereinigung als fundamental postulieren, kann der durch die bürgerliche Entwicklungstheorie konstruierte Terminus "Modell Korea" nur ein semantischer Schwindel, ein Un-Begriff sein.

· Wie schwer die Hypothek der Vergangenheit auf der parlamentarischen, im Kern jedenfalls eliteorientierten Opposition und dem breitgefacherten außerparlamentarischen Widerstandsspektrum lastet, haben zuletzt die Präsidentschaftswahlen am 16. Dezember 1987 demonstriert.

Wurde auch die Legitimität der Herrschenden. jetzt verkörpert im "Ein-Drittel-Präsidenten" Roh Tae Woo, und ihres Modells spätestens seit dem "heißen" Sommer 1987 erschüttert, so bleibt ein zumindest im antidik tatorischen Kampf erforderlicher Schulterschluß sämtlicher oppositioneller Kräfte auf der Tages-Rainer Werning

Wir verschenken

Bücher...

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Werning (Hg.)

Korea - Annäherungen
an ein geteiltes Land
Pahl-Rugenstein
ca. 220 Seiten, ca. 14,80 DM

Herbert Schui

Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Udo Schelb (Hg.)
Reaktoren und Raketen
Von der zivilen zur
militärischen Atomenergie?
Pahl-Rugenstein
337 Seiten, 16,80 DM

Du Yul-Song/Rainer Werning

Zwischen Kwangju und Olympia

Frühjahr '85 – Herbst '86 – Sommer '87: das sind in Südkoreas jüngster Geschichte für die Herrschenden wie Beherrschten gleichermaßen politische Brennpunkte geworden.

Bis 1985 hatte eine hoffnungslos auseinanderdividierte Opposition dem Chun-Regime leichtes Spiel verschafft. Das Jahr 1986 sah das Erstarken der hauptsächlich parlamentarischen Opposition. 19/87 markierte die Isolierung eines Regimes, das sich, wenngleich nur auf Zeit, über ein politisiertes Bürgertum hinaus mit einem im antidiktatorischen Kampf erstmals vereinten außer- und parlamentarischen Widerstand konfrontiert sah. Die im Februar 1985 abgehaltenen Wahlen zur Nationalversammlung boten nach langer Zeit wieder ein "offizielles" Forum, um den in der Bevölkerung tiefverwurzelten Wünschen nach Minju, Jaju und Tong Il - Demokratie, Unabhängigkeit, Wiedervereinigung - Ausdruck zu verleihen. Der nur wenige Wochen zuvor gegründeten Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKDP) gelang ein überzeugender Durchbruch. Unterstützt von den beiden Galionsfiguren der Opposition, Kim Dae Jung und Kim Young Sam, errang die NKDP nahezu ein Drittel der abgegebenen Stimmen.

Diese Schlappe Chuns nutzte die NKDP, indem sie sich für eine Verfassungsänderung stark machte und zu diesem Zweck seit Februar 1986 eine Unterschriftenaktion startete. Da der Präsident, so die Kritik, durch ein ihm politisch höriges Wahlmännergremium ernannt wird, sei er gegen demokratische Kontrollen immun.

Noch verstand es Chun, der im Kem auf gemäßigt bis konservativen Positionen stehenden NKDP durch die Einsetzung einer innerparlamentarischen Sonderkommission für eine Verfassungsänderung den Schneid zu nehmen und ein mögliches Zusammengehen zwischen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition in dieser Frage zu vereiteln. Offensichtlich war dieses Nachgeben eine Reaktion auf kritische Stimmen in Washington, die, vermittelt durch die Verfassungsdiskussion, einen Antiamerikanismus mit unkalkulierbaren Risiken witterten.

Sodann "widmete" sich Seoul der außerparlamentarischen Opposition, die seit 1982 durch Brandanschläge auf und Besetzungen von US-amerikanischen Informationszentren und Kultureinrichtungen auf sich aufmerksam gemacht hatte.



Verzweifelte Mutter eines Verhafteten (oben); der neue Präsident Roh Dae Woo (r.) soll für Stabilität sorgen

Die als vorolympische Generalprobe gedachten X. Asien-Spiele (Herbst 1986) waren zu einer Probe der Generale für "Zucht und Ordnung" geworden. Vor und während dieser Spiele hatte das Regime in beispiellosen Großrazzien "vorsichtshalber" über 260.000(!) "potentielle Unruhestifter" vorübergehend festgenommen.

Als Ende Oktober 1986 8.000 Elitesoldaten der Anti-terrorist Task Force die Konguk Universität in Seoul stürmten und über 1.500 Studierende festnahmen, waren das, wie die Süddeutsche Zeitung am 14. November hervorhob, "selbst für die häufig mit studentischen Aktivisten befaßte Justiz Rekordzahlen". Mit dem Verbot von 14 freien Gewerkschaften am 7. November setzte das Regime sein Kesseltreiben fort. Diese Maßnahmen erfolgten im Zusammenhang mit der gegen insgesamt 10.000 Menschen und 30 Organisationen entfesselten "Säuberungskampagne" gegen "prokommunistische Elemente".

Die "Affäre Park Chong Chul" brachte im Januar 1987 eine besonders von der außerparlamentarischen Opposition schon immer heftig attackierte Praxis staatlichen Terrors ins Bewußtsein, die Folter. Um dem inhaftierten Studenten Park "Geständnishilfe" zu leisten, hatten ihn die Schergen der berüchtigten Antikommunistischen Geheimpolizei (Anti Communism Bureau) der sog. "Wasserkur" unterzogen und ertränkt. Der 21jährige Linguistikstudent Park war einer der ca. 3.000 politischen Gefangenen (hauptsächlich Arbeiter und Studenten), von denen viele im Vorjahr festgenommen worden waren und einige bereits seit den 70er Jahren einsitzen. Parks Tod folgte ein nationaler Aufschrei. Nicht genug, daß südkoreanische Soldaten Kwangju kurz und klein geschossen und sich auf dessen Trümmern

Chun und seine Clique etabliert hatten.

Nunmehr war auch für jedermann offen-

kundig, daß der Staatsapparat nicht die

gen auf sich aufmerksam gemacht hatte. Park "Geständnishilfe" zu leisten, hat- Bevölkerung gegen das vermeintliche

AIB – Die Dritte-Welt-Zeitschrift 4/1988



Militanter Widerstand gegen brutale Repression

"Bollwerk des Terrorismus" – Nordkorea – schützte, sondern sich aus Gründen der Herrschaftssicherung zum Henker der eigenen Landsleute aufgeschwungen hatte.

Über Nacht wurde Park, stellvertretend für etliche ähnliche "Fälle", zum Symbol des aufbegehrenden Minjung, der Geschundenen und Unterdrückten, und gleichzeitig zum Fanal eines sich erstmals aus sämtlichen Klassen und Schichten der Gesellschaft speisenden antidiktatorischen Widerstandes. Auch das städtische Bürgertum, lange eine der verläßlichsten Stützen der Machthaber, ging auf die Barrikaden.

Am 13. April, als ein lähmendes Personen- und Führungsgerangel die NKDP auseinanderbrechen ließ und die Parteimehrheit kurz vor ihrer Neukonstituierung als Partei für Wiedervereinigung und Demokratie (RDF) stand, dekretierte Chun kurzerhand die Verfassungsdebatte für beendet. Sie sei, so begründete er seinen Schritt, "schädlich und (laufe) den nationalen Sicherheitsbelangen zuwider". Erst nach den Olympischen Spielen solle sie wieder aufgegriffen werden. Am 10. Juni schließlich bestimmte der Präsident seinen Generalskumpanen Roh Tae Woo zu seinem designierten Nachfolger, der im Februar 1988, nach Ablauf seiner Amtsperiode, ins Blaue Haus einziehen werde.

Der 54jährige Bauernsohn Roh hatte einst gemeinsam mit Chun die Bank in der Koreanischen Militärakademie gedrückt. Im Sommer 1981 gab der Vier-Sterne-General Roh seinen Armeeposten auf, um buchstäblich immer höher gelobt zu werden. Stationen seiner Karriere: Chef der Inneren Sicherheit, verantwortlicher Koordinator der Olympischen Spiele, DJP-Vorsitzender und seit dem 8. August auch deren Präsident und Kandidat seiner Partei für das Amt des Staatsoberhauptes.

Diese Manöver, auf Dauer ein "Chun-Regime ohne Chun" zu installieren, brachten den latenten Unmut der Bevölkerung zum Kochen. Der 10. Juni wurde zum Fanal der Protest-, Demonstrationsund Streikwelle.

Auf dem Höhepunkt der Juni-Unruhen inszenierte der zwischenzeitlich von Chun zu dessen Nachfolger ernannte Roh Tae Woo mit seiner "8-Punkte-Erklärung" (siehe Kasten) einen Coup, der ihm selbst in den internationalen Medien zu ungeahnter Publizität verhalf. Endlich, so der Tenor der Berichterstattung, habe Seoul Einsicht und Mut bewiesen, um durch den eingeschlagenen "Demokratisierungs- und Liberalisierungskurs" dem "Wirtschaftswunder am Han-Fluß" nunmehr auch ein "politisches Wunder"

folgen zu lassen.

Mit einem Schlag war Roh Tae Woo der Mann der Stunde. Hätte er seine "8-Punkte-Erklärung" einzig als eine Public-Relations-Show angelegt — brillanter wäre sie kaum machbar gewesen. Der in Seoul über Nacht zum "Helden" und "Retter von Volk und Nation" hochgejubelte Roh hatte nichts anderes getan, als sämtliche zentralen Forderungen der (parlamentarischen) Opposition fest buchstabengetreu abzukupfern und sie schlankweg als programmatische Eckpunkte der neuen Reformpolitik seiner Regierung auszugeben!

Eine "Wende von oben" also? Sicherlich sollte dem "Parlament der Straße" ein Ventil geöffnet und der wachsende Druck auf das Regime abgefedert werden. Für einen Augenblick schien dieser unerwartete Schritt selbst Teile der Opposition in lähmende Überraschung zu versetzen. "Einige von uns", gestanden Aktivisten von Bürgerrechtsgruppen in Seoul offenherzig ein, "fühlten sich am Abend des 29. Juni (dem Tag der Erklärung Rohs; d. Verf.) wie von dumpfen Schlägen getroffen.

Leute weinten. Sie mußten miterleben, daß ein jahrelanger Kampf für Demokratie und gegen die Diktatur nun von einem Vertreter eben dieser Diktatur in ihr und gar in sein persönliches Verdienst umgebogen werden sollte. Das war äußerst schmerzhaft."

Rohs "8-Punkte-Erklärung" widerspiegelte über den "Befriedungs"-Aspekt hinaus einen erbitterten internen Machtkampf und die "aufgeklärte" Variante eines US-amerikanischen Krisenmanagements. "Unsere Haltung", so Gaston Sigur, stellvertretender US-Außenminister für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten, anläßlich einer Presserklärung auf Seouls Kimpo-Flughafen kurz vor seinem Rückflug nach Washington (25. Juni), "ist kristallklar. Wir sind gegen die Verhängung des Kriegsrechts oder den wie immer gearteten Einsatz der Streitkräfte in dieser Situation." 1

Zwischen dem Weißen Haus und dem US-Außenministerium war folglich ein Konsens über die Demontage Chuns zustande gekommen; gegenüber einem Staatspräsidenten, der Wochen zuvor immer wieder mit dem Kriegsrecht gedroht hatte, sollte "der Protest zu weit gehen", beinhalteten diese Äußerungen weit mehr als eine diplomatisch verklausulierte Kritik. Im Klartext war damit signalisiert: "Bis hierhin und nicht weiter. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und mag abtreten." Noch während seines Aufenthalts hatte Sigur erklärt: "Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als stünde ich oder unsere Regierung hinter einer bestimmten Sache. Aber was gegenwärtig passiert, findet unsere volle

Unterstützung" (womit implizit Rohs Erklärung gemeint war; d. Verf.).²

Wenige Stunden zuvor hatte er mit seiner Erklärung — "Chun werde sich des Demokratisierungskurses Rohs sicherlich beugen" 3 — die Katze aus dem Sack gelassen. Der Präsident war zu einer politischen Hypothek geworden, die es bei Strafe eines Gesichtsverlusts und möglicher außen- wie "sicherheits"politischer Einbußen schnellstmöglich aus der Schußlinie zu nehmen und zum geordneten Abgang zu bewegen galt. Diese



US-Außenminister Shultz und Chun Doo Hwan im Mai 1987: Noch konnte der Diktator auf Washington zählen

Position klopften dann die Sprecher des Weißen Hauses und des Außenministeriums, Marlin Fitzwater und Charles Redman, im Namen ihrer jeweiligen Chefs und als "Reiseempfehlung" Sigurs fest. Ein Rückfall hinter Rohs Erklärung, unterstrichen sie übereinstimmend, sei "undenkbar", da sie "einen sehr positiven und weitsichtigen Schritt (darstellt) und die notwendige Offenheit für Koreas Reformkurs (erkennen läßt)."⁴

Bemerkenswert waren diese Entwicklungen, weil bis zum Herbst 1986 in der US-Administration (namentlich im Weißen Haus, Pentagon und Außenministerium, eine konsistente Koreapolitik praktiziert wurde, die, auf eine Kurzformel gebracht, davon ausging, das herrschende Regime auf Dauer mit allen Mitteln zu stützen und sich hinter Chuns DJP zu stellen.

Sigur hingegen hatte schon während einer Rede am 6. Februar 1987 gefordert, daß Seoul zu "einem offeneren und legitimen politischen System" finden solle – nicht zuletzt um zu vermeiden, daß Südkorea während der Olympischen Spiele als "begossener Pudel" darsteht, der anstatt das Ideal der Völkerverständigung durch Sport "hinauszubellen" als militärischer Kettenhund vor aller Augen mit den Zähnen fletscht. Was erklärte diesen Sichtwechsel in Washington? Dafür sprachen zwei aufs engste miteinander verwobene Faktoren:

• Innerhalb des US-Außenministeriums

gewannen spätestens mit und seit den "Philippinen-Ereignissen" jene Kräfte — man könnte sie die "aufgeklärten Krisenmanager" nennen — die Oberhand, die der Ansicht sind, ein "altes Haudegentum", sprich: das kompromißlose Stützen verbündeter Diktatoren, müsse sich letztlich für die USA politisch, ökonomisch, militärisch und psychologisch als kontraproduktiv erweisen. Mit Recht und starken Argumenten verwiesen sie auf Vietnam, Iran und Nicaragua.

• Diese Kräfte - und darunter sind an

exponierter Stelle u.a. der seit dem 2. Weltkrieg aktive "Ostasien-Fuchs" Sigur, der seit Oktober 1986 in Seoul akkreditierte US-Botschafter Lilley und Blackmore als Chef der Korea-Abteilung im Außenministerium zu nennen - genießen außerdem den Vorteil, als (zumindest ehemalige Kontakt-)Männer des Geheimdienstes innerhalb des CIA geschätzt zu sein. Diese Außenministerium-CIA-Schiene ist eine entscheidende Voraussetzung dafür (im Falle der Philippinen läßt sich das geradezu "klassisch" nachweisen), über das Pentagon eine Interessenidentität herzustellen, der sich in letzter Instanz das Weiße Haus schwerlich entziehen mag. Daß Reagans Asien-Beauftragter im Nationalen Sicherheitsrat, James A. Kelly, in diesem Falle die Pentagon-Nationaler-Sicherheitsrat-Schiene "abfuhr", ließ schlußendlich das Pendel zugunsten der "aufgeklärten Krisenmangager" ausschlagen!

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger pflegt Botschafter James Lilley intensive Kontakte zu allen namhaften Persönlichkeiten des politisch gemäßigten und bürgerlichen Oppositionsspektrums, die gar — wie Kim Young Sam, Kim Dae Jung und Stephen Kardinal Kim Sou Hwan — in Lilleys Residenz eingeladen werden!

Bei all diesen Entwicklungen war Chun gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Seine Drohungen, notfalls das Kriegsrecht zu verhängen und das Militär zur "Eindämmung von Unruhen", möglicherweise gar zum Ausschalten potentieller Rivalen innerhalb des Herrschaftszentrums einzusetzen, wurden durch den CFC (Combined Forces Command, der den USA die Oberhoheit über die koreanischen und US-Truppen einräumt), Sigurs politischdiplomatische Offensive und durch angedrohte Wirtschaftssanktionen vereitelt.⁵ Für Roh ergab sich erstmals die Chance, trotz langjähriger Freundschaft zu Chun schon aus Überlebensgründen auf Distanz zu gehen.

Seit Juni dann war es Roh, der als neuer Liebling des alten Regimes dort stand, wo er sich auf Kosten des unflexiblen Präsidenten gern selbst sah — im politischen Rampenlicht.

Die massiven Sommer-Proteste und die in der Geschichte Südkoreas gewaltigste Welle von Arbeiterstreiks und -demonstrationen im Herbst 1987 schienen der demokratischen Oppositionsbewegung jenen Durchbruch zu verschaffen, für den sie seit Jahren quasi-legal und/oder im Untergrund mit großen Opfern gekämpft hatte. Bis zum Herbst nämlich hatte das herrschende Militärregime, und sei es vorerst nur auf dem Papier, die Demokratisierung und Liberalisierung zugesagt, war die parlamentarische Opposition mit ihren beiden Galionsfiguren Kim Young Sam und Kim Dae Jung geeint und hatte sich die Bevölkerung in einem Referendum für die Direktwahl des Präsidenten ausgesprochen. Die Weichen schienen also endgültig zugunsten eines demokratischen Wandels gestellt worden zu sein.

Doch es kam alles ganz anders. Aus der

"8-Punkte-Erklärung" Roh Tae Woos

Die am 29. Juni 1987 vom jetzigen Präsidenten Roh Tae Woo verkündete Erklärung umfaßte folgende acht Punkte:

1. Eine Verfassungsänderung für Direktwahlen des nächsten Präsidenten Südkoreas, Präsidentschaftswahlen sollen gemäß der neuen Verfassung stattfinden, um damit einen friedlichen Machtwechsel nach dem Rücktritt von Präsident Chun Doo Hwan im Februar zu gewährleisten.

2. Eine Veränderung der geltenen Wahlgesetze, um damit "Freiheit zur Kandidatur" und fairen Wettbewerb zu garantieren.

3. Die Amnestie und Wiederherstellung der Bürgerrechte für Kim Dae Jung und die Freilassung aller im Zusammenhang "mit der gegenwärtigen politischen Situation" verhafteten Personen. Dabei sollen nur jene ausgenommen werden, die die "freie und demokratische Ordnung nicht anerkennen".

4. Die F\u00f6rderung und den maximalen Schutz der Grundrechte. Die Regierung m\u00fcsse dabei alles tun, um eine Verletzung der Menschenrechte zu verh\u00e4ndern.

5. Eine umfassende Veränderung oder die Abschaffung der geltenden Pressegesetze, um damit vollständige Pressefreiheit zu garantieren.
6. Die Wahl von Gemeinderäten, der später auch freie Wahlen auf städtischer und Provinzebene folgen sollen, und die Autonomie von Hochschulen und Universitäten.

7. Den staatlichen Schutz für politische Parteien, solange sie sich "vernünftig" politisch betätigen.

8. Durchgreifende soziale Reformen, um damit Kriminalität und tief verwurzelte Korruption, grundlose Gerüchte, regionale Rivalität und "Schwarz-Weiß-Denken" auszumerzen und eine saubere und ehrliche Gesellschaft möglich zu machen.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 30.6. 1987)

XIII/29



am 16. Dezember 1987 abgehaltenen Präsidentschaftswahl ging mit dem Kandidaten der herrschenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DJP) und Ex-General Roh Tae Woo ein Sieger hervor, der seinem am 25. Februar d.J. aus dem Amt geschiedenen Vorgänger Chun Doo Hwan die Steigbügel gehalten hatte, als dieser 1979/80 "scheibchenweise" und blutig die Macht ergriff. Durch die wenige Wochen vor dem Wahltermin gegründete Partei für Frieden und Demokratie (PDP) hatte sich Kim Dae Jung aus der Phalanx der bis dahin geeinten Opposition ausgeklinkt und sich neben Kim Young Sam als die politische Alternative und Garantie für die Beendigung der Diktatur empfohlen.

Fazit: Aus der Möglichkeit, den herrschenden Militärs mit den Stimmzetteln den Laufpaß zu geben, war plötzlich die Kontinuität der Vergangenheit zur Gewißheit geworden. Mit 35,9% der Stim-

men gelang es Roh, sich vor seine Rivalen Kim Young Sam (27,5%) und Kim Dae Jung (26,5%) zu plazieren. Worin nun wurzelte dieses Desaster der Opposition? Welche Perspektiven ergeben sich daraus für die politische Kultur des Landes?

Rohs "8-Punkte-Erklärung" vom 29. Juni 1987 war in Verbindung mit seinem vorsichtig signalisierten Abrücken vom Amtsstil Chuns ein brillanter politischdiplomatischer Schachzug. Damit konnte er vor allem dem städtischen Bürgertum glaubhaft versichern, er, einmal gewählt, werde sie auch in die Tat umsetzen. Damit brachte er die Opposition in Zugzwang, die nun ihrerseits politische Kontrapunkte gegenüber dem Regime setzen mußte. Roh verstand es zudem, einen Großteil der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß nur mit ihm ein geordneter und schrittweiser Wandel zum Besseren möglich sei.

Diese (verbale) Konzession gewann angesichts der Zersplitterung in den Reihen der Opposition an Durchschlagskraft und erhielt zusätzliche Nahrung durch deren dünne Programmatik. Die oppositionellen Forderungen wichen ja in grundlegenden Fragen (z.B. Wahrung der exportorientierten Entwicklungs- und Wachstumsstrategie und der engen Bande zu den USA) nicht im geringsten vom Credo des Regimes ab.

In der Frage der Freilassung aller politischen Gefangenen stand Absichtserklärung gegen Absichtserklärung, wobei hier die Opposition mit gutem Recht größere Glaubwürdigkeit für sich reklamieren konnte. Der dem "terroristischen Norden" zugeschriebene, auf jeden Fall "termingerechte" Abschuß einer Verkehrsmaschine der südkoreanischen Luftfahrtgesellschaft KAL Ende November 1987 bescherte Roh nach Aussagen gutunterrichteter (regimefreundlicher) Journalisten in Seoul zusätzlich ca 1 Mio Stimmen.

So sehr Roh auch im Augenblick politischen Rückenwind genießt, so sehr wird sich die Dauerhaftigkeit und der eigenständige Aktionsradius seines Regimes erst noch zeigen müssen. Sein Hauptpro-

Getrennt marschiert und verloren: Oppositionsführer Kim Dae Jung (l.) und Kim Young Sam



blem liegt darin, als "Ein-Drittel-Präsident" gleichzeitig den Schatten seines Vorgängers loszuwerden. Ob er auf Dauer sowohl das Militär als auch die DJP-Maschinerie geschlossen hinter sich zu bringen und zu einen vermag, ist noch nicht eindeutig entschieden.

Immerhin spekuliert Chun darauf, gewisse politische Fäden hinter den Kulissen weiterzuspinnen. Als Vorsitzender der "Beratungskommission für staatspolitische Angelegenheiten" und des "Ilhae-Forschungsinstituts" (einer Art Denkfabrik des Regimes) beabsichtigt er, Rohs "Geschäfte" zumindest mittelbar zu beeinflussen.

Für Roh ist und bleibt sein größtes Dilemma das Abtragen der Kwangju-Hypothek. Zwar wurde in diesem Zusammenhang eine "nationale Versöhnungskommission" geschaffen. Ihre Anhörungen aber haben bislang zu wenig mehr als "Weißwaschungen" für Roh beigetragen. Die (Teil-) Amnestie für politische Gefangene (noch immer sind ca. 1.500 Oppositionelle, einige seit den frühen 70er Jahren(!), inhaftiert) und das Herüberretten knapp eines Drittels der bereits in der Ära Chun gedienten Minister (u.a. für die Ressorts Inneres, Auswärtiges, Finanzen und Sport, geschahen mit dem Argument, angesichts der Olympischen Spiele und Wirtschaftsprobleme könne das "Risiko" einer politischen Kehrtwende nicht eingegangen werden.

Das große wie hilflose Lamento der entzweiten Opposition nach der Wahl, einzig massive Fälschungen und Betrügereien hätten dem Regime zum "Sieg" verholfen, verwechselte offensichtlich Wirkung und Ursache. Es wäre schon erstaunlich, verzichtete ein militärisches Regime bei Wahlen auf eine "Einmischung" zu seinen Gunsten. Daß es dies in relativ umfangreicher Weise tun konnte, wurde nicht zuletzt erst durch die eigenverursachte Zersplitterung der Opposition ermöglicht.

Man denke an den Marcos-Sturz vor zwei Jahren. Auf den Philippinen hatte es immerhin eine im letzten Moment im antidiktatorischen Kampf geeinte parlamentarische, gemäßigte Opposition geschafft, sich trotz (oder gerade wegen?!) massiver Wahlschiebereien politisch durchzusetzen. In Seoul aber konnte im Dezember 1987 mit Schiebereien aufgrund einer uneinigen Opposition Politik im alten Stil gemacht werden.

Nicht Machtbesessenheit und exzessive Darstellungssucht der beiden Kims liefern den Schlüssel zum Verständnis dieses Fiakos. Das ist in nicht allzu frappierendem Unterschied auch in diesem unserem Lande Usus. Entscheidend dürften andere Gesichtspunkte gewesen sein:

• Beide Kims sind angesichts der langen Herrschaft verschiedener Militärregimes als quasi-charismatische Führerpersönlichkeiten zu werten, die in jeweils unterschiedlichem Grade verfolgt wurden und persönliches Leid ertrugen. Das machte und macht sie anfällig für ein Verständnis von Opposition, welches Gefolgschaft statt kritische Diskussion, Personenkult statt Programmatik und Elitestatt Massen- bzw. Minjung-Bewußtsein fördert. All das erhält zusätzliches Gewicht in einem Land, wo die über den (Neo)Konfuzianismus vermittelten traditionellen Tugenden des Sich-Fügens in einem Netz hierarchisch aufeinander bezogener sozialer Verhältnisse gelten.

• Das Element des Klientelismus und — damit in gewissem Maße einhergehenden — Regionalismus ist deshalb ausgeprägter als ein qualitativer politischer Unterschied innerhalb und zwischen zwei oder mehreren Klientelen. Dies erklärt u.a., warum Kim Dae Jung in "seiner" Heimat, der Provinz Süd-Cholla, nahezu sämtliche Stimmen auf sich vereinigte.

• Beide Kims dürften mit ihren "Alleingängen" die traditionelle Mißachtung des Militärs in der koreanischen Gesellschaft wie sich selbst maßlos überschätzt haben.

• Beide aber auch stütz(t)en sich auf unterschiedliche soziale Kräfte. Hatte Kim Young Sam die eingefahrene bürgerlich-parlamentarische Parteimaschinerie und eine selbst im Bürgertum stark verankerte Gefolgschaft im Rücken, so konnte sich Kim Dae Jung eher des Rückhalts unter dem vielschichtigen Spektrum des außerparlamentarischen Widerstands vergewissern.

Heute geht es nicht um die Frage, ob die beiden Kims durch die mittlerweile sattsam erprobte Praxis des gemeinsamen "Anbändelns" oder des "Abbändelns" gegeneinander das Regime konfrontieren, sondern darum, wann und wie die gleichermaßen in der parlamentarischen Opposition und im außerparlamentarischen Widerstand als mittlerweile dringend notwendig erkannte Programmdiskussion geführt und dementsprechend politisch gehandelt wird. In deren Verlauf wird sich die Spreu vom Weizen trennen, ungeahnte Allianzen könnten sich bilden.

Je eher dieser Prozeß Konturen gewinnt, desto größer sind die Chancen, die "nacholympische Ara" ohne große Blessuren zu überstehen. Einstweilen aber profitiert das Regime, ob man das mag oder nicht, von seiner "verordneten vorolympischen Freiheit".

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Asiaweek, Hongkong, 5.7.1987
- 2) The Korea Herald, Seoul, 1.7.1987
- Laut Meldung von: Associated Press, Washington, 30.6.1987
- 4) The Korea Herald, 1.7. 1987
- 5) Siehe u.a.: The Wall Street Journal -Europe, Heerlen, 29.6.1987



Revolutionsdenkmal in Pjöngjang

Andreas Krajzek

Selbständigkeit und Wiedervereinigungsstreben

Während im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele die Berichterstattung über Südkorea breiten Raum einnimmt, findet Nordkorea – offizielle Bezeichnung: Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) – in den Medien kaum Beachtung. Und die wenigen Meldungen verbinden diesen Staat allenfalls mit Personenkult und Terrorismus. Eine differenzierte Betrachtung Nordkoreas ist die Ausnahme. Dabei hat die KDVR, fast 40 Jahre nach ihrer Gründung; eine bemerkenswerte Entwicklung aufzuweisen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen asiatischen Entwicklungsländern gibt es hier keine Hungersnöte, keine Armut und keine Slums. Abgesehen von der Sowjetunion ist Nordkorea das am stärksten industrialisierte sozialistische Land Asiens.

Die Ausgangslage für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes war äußerst ungünstig. Die 35 Jahre andauernde japanische Kolonialherrschaft hinterließ eine den Wirtschaftsinteressen der Kolomalmacht angepaßte Wirtschaftsstruktur. War Korea anfangs vor allem Rohstofflieferant für Japan, so fand später eine schnelle Industrialisierung statt. Das Land zählte 1944 über 400.000 Industrie- und 220.000 Bergarbeiter. Die

Schwerindustrie befand sich vor allem im Norden des Landes, wurde aber im 2. Weltkrieg und stärker noch während des Korea-Krieges zum großen Teil zerstört

Nach der Befreiung von der Kolonialherrschaft durch die Sowjetarmee und die koreanische Unabhängigkeitsbewegung am 15.8.1945 begannen im September 1945 US-Truppen mit der Besetzung des Südens. Mit der auf Betreiben der USA im Mai 1948 gegründeten Republik Korea und der als Konsequenz darauf am 9.9.1948 proklamierten KDVR war die Teilung Koreas vorerst besiegelt. Dadurch verlor Nordkorea den Zugangzü den Reiskammern des Südens, die zuvor dessen Agrardefizite ausgeglichen hatten.

Die politisch führende Kraft in der KDVR ist die Partei der Arbeit Koreas (PdAK). Auf der Grundlage der von ihr propagierten Dschutsche-Ideologie (siehe Kasten) und der Generallinie der drei Revolutionen verfolgt Nordkorea eine auf wirtschaftliche Autarkie und nationale Unabhängigkeit ausgerichtete Politik. Dschutsche bedeutet Souveränität in der Politik, Selbständigkeit in der Wirtschaft und eine eigenständige Verteidigung des Landes. Hilfeleistungen an-





AUS DEM INHALT:

Atomtransporte

Lübeck eine Stadt im Aufrur Transport Beobachtungen Greenpeace-Aktivitäten Transnuklears Atommüllentsorgung "Vertrauliche"Transport - Pläne '88

- Atom Mafia
 Hanau Nur ein Atommüll Skandal? Was steckt dahinter?
 Bonn & die deutsche Bombe
- Kriminalisierung im Rhein Main Raum

Im Zuge der Startbahn Hysterie Hausdurchsuchungen, Verhaftungen u.a. weg. Strommast umlegen Verhalten bei Vorladungen

Außerdem in dieser atom:

- -- Gorleben: Grünes Licht für Castor Transporte
- Anti IWF Kongreß
- Wackersdorf Chronik
- -- Windscale Geheime Katastrophensache

Atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 DM. Abo für 5 Ausg. 25 DM. Sollte unbedingt abonniert werden:

Herausgeber und Bestelladresse:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Rheinhäuserlandstr. 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen. oder Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel.: 04131/37835 (tagsüber).

derer Staaten dürfen dementsprechend nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung soll durch die technische, die ideologische und die kulturelle Revolution vorangetrieben werden.

Bereits in den 40er Jahren konnte Nordkoreas Wirtschaft beachtliche Erfolge verbuchen. So betrug der Gesamtzuwachs der industriellen Bruttoproduktion 1946-49 337%. Im Koreakrieg (1950-53) wurden jedoch Industrieanlagen und landwirtschaftliche Einrichtungen fast vollständig zerstört. Nach Beendigung des Krieges wurden die wirtschaftlichen Zielsetzungen in mehrjährigen Wirtschaftsplänen formuliert.

gen Wirtschaftsplanen formulert. Schwerpunkt des Dreijahrplans 1954-56 war der Wiederaufbau. Die Sowjetunion Offiziellen Angaben zufolge wird heute der Bedarf an Maschinen aller Art zu 98% aus eigener Produktion gedeckt. Zudem ist die Grundstoffindustrie, wie z.B. Bergbau, Hüttenwesen, chemische Industrie, gut entwickelt.

Gegenwärtig sind 35% der Beschäftigen in der Industrie tätig. Rund 70% des produzierten Nationaleinkommens werden von der Industrie erbracht. Die dezentral auf regionaler Ebene produzierende Leichtindustrie gewährleistet eine bedürfnisorientierte, ausreichende Versorgung mit Gebrauchsgütern.

Per Gesetz vom 10.8.1946 wurden die Groß- und Mittelindustrie, Banken sowie das Transport- und Nachrichtenwesen nationalisiert. Um aber an dringend benötigte Spitzentechnologien zu kommen, die in der KDVR kurz- oder mittel-



Von den Arbeitsbedingungen im Norden (hier eine Textilfabrik) können die Kolleginnen im Süden nur träumen

unterstützte diesen Prozeß mit über 1 Mrd Rubel und erließ der KDVR die Rückzahlung von Krediten. 1956 war die industrielle Bruttoproduktion um 278% höher als 1949. Während des Fünfjahrplans 1957-61 stieg die Bruttoproduktion im Jahresdurchschnitt um 44,6%. Das schnelle Wachstumstempo hielt auch in den folgenden Jahrzehnten an. In den 70er Jahren verdreifachte sich die Industrieproduktion. In den 80er Jahren nahm sie um weitere 440% zu. Für den zweiten Siebenjahrplan, der 1984 endete waren als Ziele gesetzt: 14-15 Mio t Eisen und Stahl, 70-80 Mio t Kohle und 10 Mio t Getreide.

Ob diese Ziele erreicht wurden, läßt sich nur schwer überprüfen, da Nordkorea 1960 die Veröffentlichung von statistischen Jahrbüchern "aus Sicherheitsgründen" einstellte. Westliche Beobachter gehen von stark gesunkenen Zuwachsraten in den 80er Jahren aus. Die für den 3. Siebenjahrplan Ende 1986 angenommenen Richtlinien sehen wesentlich bescheidenere Ziele vor: eine 1,9fache Steigerung der Industrieproduktion und ein Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion um 40%.

Aufgrund gezielter Diversifizierungsmaßnahmen verfügt die KDVR über eine breit gefächerte Maschinenbauindustrie. fristig nicht entwickelt werden können verabschiedete die Oberste Volksversammlung im September 1984 ein Joint-Venture-Gesetz. Darin sind die Rahmenbedingungen für gemeinsame Unternehmen mit ausländischen Investoren festgelegt.

Der ausländische Kapitalanteil ist begrenzt und 25% des Nettoertrages sind, an Steuern zu bezahlen. Der verbleibende Gewinn soll entsprechend den Kapitalanteilen aufgeteilt werden. Nordkorea hofft damit, vor allem westeuropäische Anleger zu gewinnen.

Trotz der Forcierung der industriellen Entwicklung wurde die Landwirtschaft nicht vernachlässigt. Lediglich etwa ein Viertel des Territoriums Nordkoreas bzw. ca. 2 Mio ha sind landwirtschaftlich nutzbar. Auf 1,8 Mio ha wird Getreide, vornehmlich Reis und Mais, angebaut.

Gemäß dem Gesetz über die Landreform vom 5.3.1946 wurden über 1 Mio ha Nutzfläche an 720.000 landlose Bauernfamilien verteilt. Von 1953-58 erfolgte die Kollektivierung der Landwirtschaft.

Zur Zeit existieren ca. 3.800 Genossenschaften. 45% der Erwerbstätigen arbeiten in der Land- bzw. Forstwirtschaft oder in der Fischerei. Aufgrund des intensiv betriebenen Landbaus und des hohen Mechanisierungsgrads (durch-

schnittlich 6-7 Traktoren pro 100 ha Ackerfläche) ist die landwirtschaftliche Selbstversorgung gesichert. 1984 wurde das Ziel von 10 Mio t Getreide übertroffen.

Mit geplanten 15 Mio t Ende der 80er Jahre wäre bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von ca. 2,4% die Selbstversorgung auch zukünftig gesichert, so daß verstärkt landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert werden könnten.

Uber die Hälfte des Außenhandelsvolumens entfällt auf den Handel mit den sozialistischen Staaten. Größter Handelspartner ist die Sowjetunion mit 30%, gefolgt von der Volksrepublik China mit 20%. Je etwa ein Viertel des Handels wird mit den kapitalistischen Industriestaaten und Entwicklungsländern realisiert. Die KDVR exportiert überwiegend Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte und Maschinen. Importiert werden hauptsächlich Erdöl, Maschinen und komplette Fertigungsanlagen.

Nordkorea beschreitet - wie aufgezeigt - einen weitgehend eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklungsweg. Dies wäre jedoch ohne eine zeitweise, umfangreiche Hilfe aus dem Ausland nicht möglich gewesen - ein Umstand, der von offizieller Seite gern verschwiegen wird. 1 Heute stößt dieser Kurs wegen des Mangels an Spitzentechnologien jedoch an seine Grenzen. Da Nordkorea seine Auslandsschulden nicht bezahlen kann, sind umfangreiche Importe kaum möglich. Gründungen von Joint-Venture-Unternehmen, die ebenfalls Hochtechnologie ins Land bringen sollen, bleiben Einzelfälle.2

Die KDVR bietet ihren Bürgern und Bürgerinnen eine umfangreiche soziale Versorgung. Seit 1961 kann das gesamte Gesundheitswesen kostenlos in Anspruch genommen werden. Auf je 10.000 Einwohner entfallen 24 Ärzte und 130 Krankenbetten. Die Lebenserwartung hat sich seit Anfang der 40er Jahre mehr als verdoppelt. Sie beträgt 76 Jahre bei Frauen und 70 Jahre bei Männern.

Die Kranken- und Sozialversicherung wie auch die Altersversorgung werden vom Staat getragen. Altersrenten werden bei Frauen ab dem 55., bei Männern ab dem 60. Lebensjahr gewährt. Der 8-Stunden-Arbeitstag ist ab 1946 gesetzlich verankert. Das Mindestarbeitsalter beträgt 16 Jahre.

Seit Kriegsende wurden die Preise für die meisten Produkte gesenkt, während man gleichzeitig die Löhne erhöhte. So lag 1960 der Durchschnittslohn bei 40 Won und heute bei etwa 120-150 Won. Der Staat subventioniert die Grundnahrungsmittel und erhebt seit 1974 keine Steuern mehr.

Schlüssel zum Erfolg? Dschutsche und Personenkult

Die KDVR führt ihre Erfolge auf die sog. Dschutsche-Ideologie und die "weise Führung" des Staats- und Parteichefs Kim Il Sung zurück.

Zentraler Begriff der Dschutsche-Ideologie ist "Dsehadschusong", was soviel wie Selbständigkeit heißt. Gemeint ist damit in erster Linie die Selbständigkeit (der Volksmassen) bei der Bewältigung von Aufgaben im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich:

"Dschadschusong in der Politik zu wahren, bedeutet, die nationale Unabhängigkeit und das souveräne Recht des eigenen Volkes zu verteidigen, seine Interessen zu verfechten und eine Politik zu betreiben, die sich auf die Kraft des eigenen Volkes stützt."

"Eine selbständige Wirtschaft ist eine Gewäht dafür, die Unabhängigkeit eines Landes zu konsolidieren, ein souveränes Leben zu gestalten, das Dschutsche in der Ideologie, die Souveränität in der Politik und die Selbstverteidigung zuverlässig zu sichern und dem Volke ein wohlhabendes materielles und kulturelles Leben zuteil werden zu lassen."

"Das Prinzip der Selbstverteidigung durchsetzen heißt, aus eigener Kraft den eigenen Staat zu schützen. Für die Durchsetzung dieses Prinzips ist eine eigene verteidigungsfähige Streitmacht notwendig. Zur Durchsetzung dieses Prinzips ist es erforderlich, ein das ganze Volk und den ganzen Staat umfassendes Verteidigungssystem zu schaffen."¹

Die Dschutsche-Ideologie ist eine "Ideologie für die Weiterführung der Revolution", wobei "das schöpfensche Potential der Massen zur Umformung der Gesellschaft" führt. Professor Pak Mun Hoe, Mitglied des Zentralkomitees der Koreanischen Vereinigung der Sozialwissenschaften, übersetzt Dschutsche mit "Hausherr über das eigene Schicksal". Der Menschstehe im Mittelpunkt dieser Weltanschauung. Er sei der einzige Herrscher über die Welt und deren einziger Umgestalter.

Im Unterschied zum Marxismus-Leninismus komme es gemäß der Dschutsche-Ideologie bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft weniger auf den Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, als vielmehr auf das menschliche Bewußtsein an. Prof. Pak: "Auch Länder mit rückständigen Produktivkraften können in der sozialistischen Revolution voranschreiten, wenn die Menschen nur genügend ideologiesiert werden."²

Die Dschutsche-Ideologie sei wie der Marxismus eine materialistische Weltanschauung, weise aber in vielerlei Hinsicht über ihn hinaus. Sie verkörpere die höchste Weiterentwicklung des Marxismus. ³

Für Europäer ist der exzessive Personenkult um Kim Il Sung und seit einiger Zeit auch um seinen Sohn, Kim Dschong II, schwer verständlich. Die Verehrung für den Staatschef ist zu einem gewissen Grad aus der konfuzianischen Tradition Koreas zu erklären. Der Konfuzianismus mißt der Rolle des Volksführers große Bedeutung bei. So entspricht ein weiser, gütiger und für das Wohlergehen seiner Untertanen sorgender Herrscher dem konfuzianischen Ideal. Er besitzt als Legitimation für seine Herrschaft das "Mandat des Himmels". Kann er dem Ideal nicht entsprechen, so verliert er den Anspruch auf Herrschaftsausübung. Dieses traditionelle Herrscherbild und die vom Konfuzianismus geforderte Loyalität erleichtern



Staatschef Kim II Sung (I.) mit seinem Sohn und designiertem Nachfolger Kim Jong II

die Akzeptanz für den Personenkult in der nordkoreanischen Gesellschaft.

Ein weiterer Grund für die in den letzten 40 Jahren allmähliche Herausbildung des Personenkults dürfte in den Geschichtsfalschungen von Kims Biographen liegen. Als Mittel in der Auseinandersetzung Kims mit seinen Widersachern in der Partei hoben sie in ihren Schriften die Leistungen Kims im Befreiungskrieg weit über seinen tatsächlichen Einflußhinaus hervor, während sie gleichzeitig die seiner Gegner abwerteten bzw. leugneten. So kann der populäre Patriot im Befreiungskampf, Kim Il Sung, durchaus als mit übermenschlichen Fähigkeiten ausgestattet er-

Letztendlich trägt auch die Dschutsche-Ideologie, der entsprechend der menschliche Wille und somit auch der der Führungspersonen ausschlaggebend für die Revolution ist, zum Personenkult bei.⁴

Die genannten Gründe können das Phänomen des Personenkultes sicher nicht hinreichend erklären. Vielmehr dürften weitere Ursachen in den "monolithischen" Entscheidungsstrukturen in wichtigen Bereichen der nordkoreanischen Gesellschaft zu finden sein. So sehr die Verehrung für Kim Il Sung die Einheit des Volkes für den Aufbau und gegen die Einmischung von außen gefördert haben und Kim ihnen bei der Bildung von nationaler Identiät und Selbstbewußtsein als Leitbild nach der kolonialen Unterdrückung gedient haben mag, in seiner heutigen Form hat der Personenkult keine emanzipatorischen Züge aufzuweisen und kann als verselbständigt und pervertiert angesehen werden. Andreas Krajczek

Anmerkungen:

- Zit. nach: Kim Dschong II, Abhandlung über die Dschutsche-Ideologie, Pjöngjang 1982
- Zit. nach: V. Grabowsky, Der andere Weg

 Wirtschaft und Politik in Nordkorea Teil
 II, in: Korea-Forum, Osnahrück Nr. 13/
 Juni 1987
- 3) Vgl. ebd.
- 4) Zum Personenkult vgl. V. Grabowsky, Nordkorea – Personenkult im Sozialismus, in: ASIEN. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Hamburg, Nr. 18/Januar 1986

1956 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Sie setzt sich aus einem Jahr obligatorischer Vorschule und 10jähriger Schulzeit zusammen. 60% der Schüler und Schülerinnen besuchen weiterführende Fach- und Hochschulen. 1980 belegten über 70% aller Studierenden eine technische Fachrichtung. Zur Zeit gibt es in der KDVR über 1 Mio Ingenieure und Techniker. 3

Negativ hebt sich davon das politische und kulturelle Klima im Land ab. Der exzessive Personenkult um den 85jährigen Staatschef Kim Il Sung und den designierten Nachfolger, seinen Sohn Kim Dschong Il (siehe Kasten) sowie die relative Abgeschlossenheit der nordkoreanischen Gesellschaft lassen kaum einen Freiraum für konstruktive politische und kulturelle Auseinandersetzungen zu.

Außenpolitisch verfolgt die KDVR einen Kurs der Stabilisierung und Friedenssicherung in der Region. So ergriff Nordkorea mehrfach Initiativen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf der koreanischen Halbinsel. Seit August 1975 gehört die KDVR der Nichtpaktgebundenenbewegung an.

Im Zuge der Entspannungspolitik zu Beginn der 70er Jahre nahm das Land erste Kontakte mit kapitalistischen Industriestaaten auf. Bis in die 80er Jahre unterhielt es gleich gute Beziehungen zur Sowjetunion und China. Seit der Annäherung Chinas an die USA und der dortigen wirtschaftlichen Öffnungspolitik ist eine Intensivierung der Kontakte zur UdSSR festzustellen.⁴

Die nationale Wiedervereinigung wird in Nordkorea als eine der dringlichsten Aufgaben angesehen, die noch in dieser Generation zu lösen sei. In der Tat hat die KDVR seit ihrem Bestehen mehrere hundert Wiedervereiniungsvorschläge unterbreitet. Seit 1960 beinhalten sie den Vorschlag zur Bildung einer koreanischen Konföderation.

Die zahlreichen Wiedervereinigungsinitiativen berücksichtigen dabei die jeweilige innenpolitische Situation in Südkorea. In Zeiten repressiven Vorgehens der südkoreanischen Staatsgewalt gegen Oppositionelle setzt Nordkorea auf einen Umsturz durch die demokratische Opposition und vermeidet weitgehend Verhandlungen mit der südkoreanischen Regierung. Sind hingegen Reformen in Südkorea zu erwarten, ist die nordkoreanische Führung durchaus bereit, mit der Regierung Südkoreas in

Kontakt zu treten. In den Jahren 1972/73 fanden erste Gesprächsrunden zwischen Vertretern Nord- und Südkoreas statt, die am 4.7.1972 ihren Höhepunkt in einer gemeinsamen Erklärung über die Aufnahme von Verhandlungen zur Regelung der bilateralen Beziehungen fanden. Im Juni 1973 unterbreitete die KDVR einen 5-Punkte-Vorschlag zur friedlichen Wiedervereinigung.

Hierin wurden als Prämissen genannt,

daß die Wiedervereinigung unabhängig,

insbesondere ohne Einmischung dritter Staaten, auf friedliche Weise und durch Förderung der nationalen Einheit mittels Überwindung der unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssysteme zu realisieren sei. Das entschiedene Festhalten des damaligen südkoreanischen Staatschefs Park Chung Hee an der Politik der zwei Koreas und die damit verbundene Festschreibung des Status quo sowie die Verabschiedung der Yushin-Verfassung, die die Opposition faktisch völlig entrechtete, führten schließlich zu einem Abbruch der Gespräche seitens

der KDVR.

Im Januar 1984 unterbreitete Nordkorea neue Vorschläge zur Wiedervereinigung. Als Voraussetzungen für die
Aufhebung der Teilung wurden dreiseitige Verhandlungen zwischen der
KDVR, den USA und Südkorea vorgeschlagen. Das Waffenstillstandsabkommen zwischen der KDVR und den USA
sollte in einen Friedensvertrag umgewandelt und ein Nichtangriffspakt zwischen
der KDVR und Südkorea abgeschlossen
werden. Schließlich sollten die USTruppen aus Südkorea abgezogen werden.

Die USA unterbreiteten einen Gegenvorschlag, der "Vierergespräche" unter Einschluß Chinas vorsah. Nordkorea lehnte dies mit der Begründung ab, daß sich seit 1958 keine chinesischen Streitkräfte mehr auf seinem Hoheitsgebiet befänden.

Eine weitere Konkretisierung der Voraussetzungen und Wege zur Wiedervereinigung enthält der jüngste Vorschlag vom November 1987 (siehe Kasten). Dieser wurde an südkoreanische Parteien und politische Gruppierungen gerichtet. Die Seouler Regierung bezeichnete diesen Vorschlag als staatsgefährdend.

Aufgrund der engen Bindung des Südens an die USA und Japan, des virulenten Antikommunismus der dortigen Machthaber und wegen der überlebten Führungsstrukturen im Norden wird der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Koreaner nach Wiedervereinigung in absehbarer Zeit wohl kaum in Erfüllung gehen.

Anmerkungen:

- Zur Auslandshilfe vgl. insbesondere J. Halliday, The North Korean Enigma, in: New Left Review, London, Nr. 127/1981, S. 35ff.
- 2) Zur wirtschaftlichen Entwicklung vgl. Asia & Pacific Review, 1985 und 1986; Autorenk ollek tiv, Länder der Erde, Köln 1986; S. 343ff.; Pochzeitung, Basel, 16.10.1985; R. Dhunjibhoy/G. Breidenstein, Nordkorea zwischen Beschimpfung und Bewunderung, in: Dritte-Welt-Magazin, West-Berlin, Juli/August 1978; V. Grabowsky, Der andere Weg Wirtschaft und Politik in Nordkorea, Teil I und II, in: Korea-Forum, Osnabrück, Nr. 12 und 13/Juni 1987; terre des hommes Deutschland e.V. (Hg.), Nordkorea Schwierigkeiten mit einer Realität, in: Korea-Länderheft, Osnabrück, Mai 1986 und Vorwärts. Basel, 22.8.1985
- Zur sozialen Lage vgl. u.a. Autorenkollektiv, a.a.O.; Horizont, Berlin (DDR), Nr. 10/1986
- 4) Zur Außenpolitik vgl. u.a. Young C. Kim, Korean Foreign Policy, in: Problems of Communism, Washington, Januar/Februar 1985; J. Halliday, The North..., a.a.O., S.
- 5) Zur Wiedervereinigung vgl. T.Z. Chung, Reflexion zur Wiedervereinigung, in: Dritte-Welt-Magazin, Juli/August 1978; V. Grabowsky, Schwierige Wiedervereinigung – vom Bruderzwist zum Schulterschluß, unveröffentlichtes Manuskript, o.O., o.J. und J. Halliday, The North..., a.a.O., S. 49ff.



Ronald Reagan an der innerkoreanischen Grenze

Martin Schuck

USA-Südkorea-Japan Dreierallianz im Nordwestpazifik

In der Pazifik-Strategie der USA spielt das militärische Dreieck USA-Japan-Südkorea eine entscheidende Rolle. Obwohl diese Dreier-Allianz verschiedene "Formierungsschwierigkeiten" zu überwinden hatte, ist in den vergangenen Jahrzehnten hier ein durchaus arbeitsteilig operierendes Bündnis entstanden, dem allenfalls noch eine rechtliche Grundlage fehlt.

Dem Aufbau eines solchen Bündnisses standen in den Jahren nach 1945 zwei Hindernisse im Weg. Nach den Erfahrungen im 2. Weltkrieg gab sich Japan eine streng antimilitaristische Verfassung. Ein Recht des Staates zur Kriegführung wird darin ausdrücklich abgelehnt. Und demzufolge gibt es auch keine Armee, sondern lediglich "Selbstverteidigungskräfte".

Vor 1965 gab es zwischen Südkorea und Japan keinerlei diplomatische Beziehungen: In Südkorea saß die Feindschaft gegen die verhaßte Kolonialmacht Japan wesentlich tiefer als gegen das von den USA zum neuen Hauptfeind ernannte Nordkorea.

Diese beiden Momente steckten den Rahmen ab für das schrittweise Entstehen eines militärischen Dreiecksbündnisses, dessen Last fast ausschließlich Südkorea als schwächstes Glied der Kette zu tragen hat.

Die ersten Anfänge zur Errichtung der heutigen Dreier-Allianz reichen in die Zeit des Korea-Krieges zurück: Im September 1951 schlossen die USA mit Japan einen Friedensvertrag, den sog. San-Francisco-Vertrag. Japan verpflichtete sich, Nordkorea als Staatsfeind und den 38. Breitengrad (Demarkationslinie)

als Grenze zwischen Nord- und Südkorea anzuerkennen.² Dieser Vertrag hatte gleichzeitig noch die Funktion einer Sicherheitsgarantie für Japan, wobei sich die USA das Recht herausnahmen, militärische Einrichtungen auf japanischem Boden zu errichten und zu unterhalten. Im August 1953 konnte dann auch ein gegenseitiger Verteidigungspakt zwischen den USA und Südkorea unterzeichnet werden. Artikel 4 dieses Vertrages garantierte die Stationierung sämtlicher Waffengattungen auf südkoreanischem Boden.³

So gab es nun bilaterale Verträge zwischen den USA und Japan einerseits und den USA und Südkorea andererseits. Von einer gemeinsamen militärischen Strategie konnte zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine Rede sein, denn die beiden vorgeschobenen Pfeiler, auf denen das Dreieck ruhen sollte, verweigerten jeden Kontakt auf diplomatischer Ebene miteinander.

Einen grundlegenden Wandel sollten erst die sog. "Normalisierungsgespräche" zwischen Südkorea und Japans Anfang der 60er Jahre bringen. Das Normalisierungsabkommen aus dem Jahr 1965 hatte zwar eher die Funktion, Südkorea für das japanische Kapital zu öffnen und die

5-Punkte-Vorschlag Nordkoreas zur Wiedervereinigung

Ende November 1987 haben in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang die Demokratische Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes, ein Zusammenschluß der gesellschaftlichen Gruppen, und der (Regierungs-),,Ausschuß für friedliche Wiedervereinigung" einen Fünf-Punkte-Katalog zur Lösung der Korea-Frage vorgelegt. In dem an die südkoreanischen Parteien und Gruppierungen gerichteten Brief wird der Vorrang der Entspannungspolitik und die eigene Dialogbereitschaft betont.

1. Für den Prozeß der Wiedervereinigung ist es unabdingbar, daß in Südkorea eine wirklich demokratische Regierung gebildet wird. Sie wäre eine Garantie für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und Ausgangspunkt einer auf die nationale Einheit ausgerichteten Entspannungspolitik. (...)

2. Zur Erreichung der nationalen Einheit vom Norden und Süden Koreas muß die Konfrontation abgebaut und die Einigung gesucht werden,

Der einzige Weg, die Zukunft der eigenen Nation unabhängig zu gestalten, besteht im Zusammenschluß der sozialistischen Kräfte des Nordens und der demokratischen Bewegung des Südens. Das dringendste Problem bei der Förderung der Einheit der beiden Landesteile ist die Zurückweisung des Antikommunismus, (...)

3. Im Sinne der nationalen Einheit zwischen Nord und Süd muß die Tür des Dialogs für beide Seiten weit aufgestoßen werden, auf der Basis einer zu errichtenden demokratischen Regierung in Südkorea. (...)

Ein solcher Dialog und Kontakt könnte stattfinden zwischen den Regierungen oder Vertretern unterschiedlicher politischer Parteien, Gruppen oder Schichten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. (...)

4. Zur Erreichung der nationalen Einheit von Nord und Süd muß das Problem der bevorstehenden 24. Olympischen Spiele im Sinne gemeinsamer Interessen gelöst werden. (...) Wenn die Olympischen Spiele unter einer demokratischen Regierung stattfinden, wird es den beiden Seiten möglich sein, das Problem der gemeinsamen Gastgeberrolle im Hinblick auf das Streben nach nationaler Einheit kompromißbereit zu diskutieren und zu lösen. (...) 5. Zur Erreichung der nationalen Einheit von Nord- und Südkorea müssen die Gefahr bewaffneter Konflikte beseitigt und die Spannungen abgebaut werden. (...)

Sollte es in Südkorea zur Einsetzung einer demokratischen Regierung kommen, werden wir uns ausgehend von unserem beständigen Friedenswillen mit ihr unverzüglich um dringend notwendige Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr bewaffneter Konflikte und Kriege sowie zum Abbau von Spannungen bemühen. Als solche, von uns erhoffte, dringende Maßnahmen betrachten wir vor allem erste vorsichtige, versuchsweise unternommene Schritte zur Erreichung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel in den Jahren 1988 und 1989, in denen die Olympischen Spiele und die Weltjugendfestspiele stattfinden. Zu den ersten, probeweise zu treffenden Maßnahmen könnte der beiderseitige Rückzug der bewaffneten Truppen aus dem Frontgebiet, der Verzicht auf großangelegte Militarübungen ... und sonstige dringende Probleme gehören. (...)

(Quelle: epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 3/Februar 1988)

Seltener Nord-Súd-Kontakt Rotkreuz-Gesprache in Panmunion 1984



34/XVIII

US-Strategie

im Land der Morgenstille, in: Blätter des

dos..., a.a.O., S. 42. Aufgrund dieser Struktur läßt sich auch die stillschweigende Duldung, wenn nicht gar der Befehl des US-Kommandierenden zur Niederschlagung der Kwangju-Proteste im Mai 1980 behaupten.

10) Zit. nach: Korea-Korrespondenz. Bulletin des Korea-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), Nr. 6/1983, S. 22

11) Ebd., S. 22

12) Ebd., S. 19

Kosong O

missile base

Atomwaffen

basis

Raketen-

basis

13) Vgl. Harold Hakwon Sunoo, 100 Years of U.S. - Korea Relationship (KOFO-009), hrsg, von der Korea Forschungsgemeinschaft e.V., Offenbach/Main 1985, S. 29f.

Stationierung der US-Truppen

und Atomwaffen in Südkorea

East Guard Flying Command, Naval Guards, Big Military Airport, (newly-built and completed)

Missile Commend

The 5th Air Forward

The 5th Air Forward
Defence Command,
The 15th Tactical
Intelligence Recornaissance Flying
Corps.

The 51st Joint

The 38th Anti-Aircraft

Combat Air Unit.

Artillery Brigade

The 611st Corps

Support Flying Corps

"Mercury Nike"

unit)

....

At:om-

minen

(high-altitude long-range missile

The 8th Tactical

The 18th Combat Air Forces.

The 19th Aid Corp

The 6168th Air base

durchzuführen, die es ermöglichen würden, mit Hilfe der in Südkorea stationierten Atomwaffen einen begrenzten Atomkrieg durchzuführen. Andererseits werden hier an der Legalität vorbei (Art. 9 der japanischen Verfassung!) gemeinsame Kampfhandlungen eines offiziell nicht existierenden Militärbündnisses

1) Der genaue Wortlaut des Artikels 9 der

japanischen Verfassung lautet: "In auf-

richtigem Streben nach einem auf Gerech-

tigkeit und Ordnung begründeten inter-

nationalen Frieden verzichtet das japani-

sche Volk für alle Zeiten auf den Krieg als

souveranes Recht der Nation und auf die

Androhung oder Ausübung von Gewalt

als Mittel zur Beilegung internationaler

Zit. nach: Lee Young Hee, Die qualitative

Veränderung der politischen Lage rund

um die koreanische Halbinsel und unsere

Aufgabe, in: Peripherie, Nr. 15-16/Juli

2) R. Werning, Amerikanische Kommandos

Streitigkeiten.'

1984. S. 162

+ Prongrane

The UN Forces

The US Combined Command in south

Command in sout Korea, The 314th Air Divisional Headquarters,

The Missile

The 502nd Lilitary Intell gence Corps

The Joint Mili tary Aid Corps

The 1st Corps of south Korea-US

Hawk" missile base

(surface-to-air short-range missile)

The 8th Tactical Combat Air Wing.

The 20th Meteoro logical Observa tory Group.

The 617th Air base.

The US Air Force Strategical Command

US-Marine

missile base

US-Boden-

truppen

US-Luft-

waffe

Group

Anmerkungen:

einbezogen. 13

Spätestens damit wird deutlich, daß es hier nicht nur um Nordkorea als möglichen Feind geht, wenn bedacht wird. daß die in Südkorea stationierten Atomwaffenträger einem Gegner weit jenseits des nordkoreanischen Territoriums die Vernichtung androhen. In diesem Sinne wird in den letzten Jahren hier sehr offen über einen begrenzten Atom-

Im Rahmen dieser Team-Spirit-Manöver erhält nun auch Japan Aufgaben zugewiesen, die über den Rahmen der bloßen Selbstverteidigung weit hinausragen: Bereits im Januar 1983 machte der damalige japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone bei einem Besuch in Seoul ein Zugeständnis, das er bereits eine Woche später in Washington wiederholte: Im Konfliktfall würde Japan die Seewege von Soya, Tsugara und Tsutsima mili-

Die Team-Spirit-Manöver erfüllen somit einen doppelten Zweck: Einerseits dienen sie dazu, im gesamten nördlichen

koreas "essentiell" mit der Sicherheit Japans zu verknüpfen, wurde - wie schon gesagt - im Nixon-Sato-Kommuniqué 1969 festgeschrieben. Davor, seit dem Ende des Korea-Krieges, wollte man im Blick auf Südkorea ein "freies" Land vor dem aggressiven Anliegen des Kommunismus schützen - ganz in Kalter-Kriegs-Manier. Schon 1975 deutete US-Verteidigungsminister Schlesinger an, man werde nicht davor zurückschrecken, im Falle eines Angriffs auf Nordkorea, taktische Atomwaffen einzusetzen.

Zur gültigen US-Strategie wurde die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen aber erst unter Reagan. Nun aber nicht mehr an die Adresse Nordkoreas - wie früher -, sondern direkt an die Sowjetunion gerichtet. Ein deutlicher Indikator für den Strategiewechsel ist die alljährliche Durchführung der seit 1976 stattfindenden Team-Spirit-Manöver, an denen in den letzten Jahren jeweils über

tärisch blockieren.

200.000 Mann teilnahmen.

Probten hier in den ersten Jahren die in Korea stationierten US-amerikanischen zusammen mit den südkoreanischen und den japanischen Truppen den "Ernstfall", sprich: den Überfall Nordkoreas auf Südkorea, so ist hier seit etwa 1984 eine Veränderung festzustellen: Mehr als 20.000 US-Soldaten wurden eigens für diese Manöver herbeigeholt, zum Teil aus Hawaii und Kalifornien. Ganz im Sinne der AirLand Battle-Doktrin (von 1982; d. Red.) geht das Manöver aus von einem schnellen Eingreifen im Hinterland des Gegners. Dazu werden auch die mehr als 700 in Südkorea stationierten Atomwaffen in die Manöverplanung mit-

krieg nachgedacht.

Pazifik riesige Truppenverschiebungen



In Japan selbst wurden zu dieser Zeit

strategische Überlegungen für ein mög-

liches Kriegsszenario ausgearbeitet. Im

sog. "Drei-Pfeile"-Plan stellte man sich

folgende Etappen vor: a) Südkorea zu

okkupieren, b) in Nordkorea einzumar-

schieren und c) den Widerstand in Japan

niederzuschlagen.⁶ Ganz in diesem

Sinne formulierte auch das erste japani-

sche "Weißbuch für nationale Verteidi-

gung": "Marine und Luftwaffe müssen

die Vorherrschaft in der Umgebung als

Politik der Industrialisierung unter Park

Chung Hee voranzutreiben, aber von die-

sem Zeitpunkt an hatten auch die USA

freie Bahn, die früheren Feinde auf mili-

tärischem Gebiet langsam aneinander zu

Ein entscheidender Schritt in diese Rich-

tung war das im November 1969 zwi-

schen dem Präsidenten der USA und

dem Ministerpräsidenten von Japan

formulierte Nixon-Sato-Kommuniqué,

das eine Südkorea-Klausel enthielt, nach

Schlüssel zum Erfolg wurde darin die

Kerngedanke dieser Doktrin war es, in

Zukunft auf eine allzu massive Präsenz

US-amerikanischer Bodentruppen zu

verzichten und vielmehr die Armeen der

asiatischen Länder so auszurüsten, daß

sie ihre Verteidigung weitgehend selbst

in die Hand nehmen könnten und nur

noch logistisch durch die USA unter-

Für Südkorea bedeutete das einerseits

eine mittelfristige Verringerung der US-

Truppen, dafür aber andererseits eine

enorme Zunahme von Atomwaffen so-

wie logistischer Einrichtungen und eine

verstärkte Verlagerung der Präsenz der

Allerdings lag es nun auch im Interesse

der USA, daß Japan daran ging, mehr aus

eigenen Mitteln für die Verteidigung zu

tun. Für die USA war das im 9. Artikel

der japanischen Verfassung ausgedrückte

Wiederbewaffnungsverbot ein Haupt-

hindernis für die Durchsetzung ihrer

Strategie im Sinne der Nixon-Doktrin.

Doch man gab sich optimistisch. Stell-

vertretend für die Stimmung in US-

Regierungskreisen dürften die 1969 ge-

schriebenen Sätze des ehemaligen Welt-

bankpräsidenten Eugene Black gewesen

sein: "Ich bin mir sicher, daß Japan in

nicht allzu ferner Zukunft zu einem

großen Waffenproduzent aufsteigt. Das

wird man in Japan gewiß als eine wirt-

schaftliche Notwendigkeit ausgeben. Ich

schließe nicht aus, daß eine solche Ent-

wicklung keineswegs den amerikani-

USA auf Luft- und Seestreitkräfte.

stützt werden bräuchten.

"Partnerschaft mit Japan" genannt. 4

gewöhnen.

zogen.

auf eine Resolution des UN-Sicherheits-

rates von 1950 zurück und wurde seit

1953 zu einer ständigen Einrichtung mit

der Aufgabe, das Waffenstillstandsab-

kommen von 1953 zu überwachen. Han-

delt es sich hierbei auch um ein multina-

tionales Truppenaufgebot, so sind doch

die USA als einzige mit Kampftruppen

Die faktische Befehlsgewalt des US-

Oberkommandierenden auch über die

600.000 Mann starken südkoreanischen

Streitkrfäte wurde 1978 in einem

US-Alliierten-Kommando, "Combined

Forces Command" (CFC), offiziell fest-

geschrieben. So werden die südkoreani-

schen und die US-Streitkräfte in eine

zusammenhängende Organisation ein-

gegliedert, die eine abgestimmte Krieg-

führung (coalition warfare) ermöglicht.⁹

Allein diese Struktur kann schon erklä-

ren, warum die USA im Rahmen ihrer

Globalstrategie so großen strategischen

Wert auf die Nordpazifikregion legen. So

stellte das "Armed Services Committee"

in einem Bericht an das Repräsentanten-

haus fest: "Armeekommandeure in

Südkorea gehen davon aus, daß Korea

das beste aller möglichen Trainingsge-

biete in der Welt für amerikanische

Bodentruppen ist. Es stellt um fangreiche

Manövergebiete zur Verfügung, große

Feuerzonen sowie einen wirklich leben-

den Gegner nördlich der DMZ (Demili-

tarisierte Zone zwischen Nord- und

Südkorea; M.S.). Außerdem ist es eine

der wenigen US-Basen weltweit, bei de-

nen niemand versucht, uns zu vertreiben

Ganz in diesem Sinne erklärte der ehe-

malige US-Verteidigungsminister Caspar

Weinberger, ausgehend von einem mög-

lichen Krieg mit der Sowjetunion, im

Pentagon-Bericht "Verteidigungsricht-

linien für die Finanziahre 1984-99" am

22. März 1982: "Gegenangriffe sollen

durchgeführt werden in Gegenden, in

denen wir das Endergebnis des Krieges

beeinflussen können", um "sowjetische

Truppen in Verteidigungspositionen zu

Und über den möglichen Einsatz tak-

tischer Atomwaffen meinte der Ober-

befehlshaber der CFC-Truppen, General

Edward May er: "Es ist viel einfacher hier

als in Europa, wo Verhandlungen mit \$\frac{1}{2}5

verschiedenen souveränen Nationen ge-

Alle drei hier vorgestellten Zitate gehen

weit über das hinaus, was für die bloßen

Sicherheitsinteressen Japans und Süd-

koreas notwendig wäre. Es steht also zu

vermuten, daß unter der Präsidentschaft

Ronald Reagans unter der Hand ein

Wechsel der Strategie auch für den ost-

asiatischen Raum stattgefunden haben

muß. In der Tat ist es möglich, einen

solchen Strategiewechsel aufzuzeigen.

Die alte Strategie, die Sicherheit Süd-

führt werden müssen."12

binden."11

oder die Miete zu erhöhen "10

Chun Doo Hwan 1985 in Tokio beim japanischen Pre-

In Südkorea ging es in den 70er Jahren darum, die Nixon-Doktrin schrittweise umzusetzen. Tatsächlich zogen 1971 die USA ihre 7. Division aus Südkorea zurück und Jimmy Carter schlug auf einer Pressekonferenz in Tokio im Mai 1975 vor, innerhalb von fünf Jahren sämtliche US-Truppen aus Korea zurückzuziehen. Mit diesem Abzugsplan machte er dann 1976 Wahlkampf und verteidigte ihn auch noch nach seinem Amtsantritt als neuer US-Präsident Anfang 1977. Allerdings stieß dieser Plan sowohl beim Regime in Südkorea als auch im US-Kongreß auf erheblichen Widerstand, so daß er schließlich fallengelassen werden mußte.8

Die letztendliche Reduzierung der US-Truppen in Südkorea von 60.000 auf 40.000 Soldaten ist deshalb keine Aufgabe US-amerikanischer Interessen in der Region, sondern Ausdruck eben jener strategischer Umorientierung, die in der Nixon-Doktrin angedeutet worden war.

Bereits seit dem Ende des Korea-Krieges verfügen die USA über ein sicheres Mittel, die Kontrolle über sämtliche Truppen auf dem Gebiet der Republik von Korea aufrechtzuerhalten. Sowohl die US-Truppen als auch die südkoreanischen Streitkräfte unterstehen der Befehlsgewalt des UN-Kommandos in Korea. Der Befehlshaber der UN-Streitkräfte ist gleichzeitig der Kommandeur der US-Streitkräfte.

Dieses UN-Kommando geht ursprünglich

schen Interessen zuwiderläuft."5 36/xx

Luftauf-

klärung

GERADE HEUTE
HAT UNSER LAND
ANSPRUCH AUF
EINE INTELLIGENTE

WOCHENZEITUNG



DAMALS
WAREN
NOCH
NICHT
ALLE

DAFÜR. FRIEDEN, UTOPIEN, MENSCHLICHKEIT, KULTUR, ZUKUNFT.

HISTORISCHES IM ALLTAG ENTDECKEN.

DAFÜR SCHREIBT JEDE WOCHE DIE



AN DIE VOLKSZEITUNG, POSTFACH 2726, 4 DÜSSELDORF

EINE BITTE, weil ich die VOLKSZEITUNG IM HANDEL nicht finde: ein 8-Wochen-Probierabo für ganze ZEHN DM gegen Rechnung. Die Probe wird nicht automatisch als Abo fortgesetzt.

vomanie, ivanie		
Straße	 -	
Nohnort		

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Volkszeitung, Oststraße 154, 4 Düsseldorf widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

terschrift Datum/2



Georg Diederichs

Die XXIV. Olympischen Sommerspiele Zwischen Politik und Kommerz

Wenn in den nächsten Wochen und Monaten keine unvorhersehbaren politischen Ereignisse den südkoreanischen Machthabern einen Strich durch die Rechnung machen, dann wird Seoul vom 17. September - 2. Oktober d.J. die zumindest von der Teilnehmerzahl her bedeutendsten Olympischen Sommerspiele der Neuzeit erleben.

Denn von den 167 Nationalen Olympischen Komitees (NOKs), die das Internationale Olympische Komitee (IOC) zur Teilnahme an der XXIV. Sommer-Olympiade eingeladen hatte, haben sich bis zum Ablauf der offiziellen Meldefrist am 17. Januar d.J. 161 angemeldet. Nicht gemeldet haben lediglich Nordkorea, Kuba, Albanien, Athiopien, die Seychellen und Nicaragua. Mit diesem Meldeergebnis wurde sogar der bisherige Teilnahmerek ord von 140 Ländern 1984 in Los Angeles weit überboten.

Nun sind Rekorde gleich welcher Art im Sport nichts gänzlich Außergewöhnliches. Im Gegenteil: Sie sind das notwendige Salz in der Suppe bei nationalen und internationalen sportlichen Großereignissen. Teilnahmerekorde bei Olympischen Spielen, das zeigt die Vergangenheit, sind dagegen schon wesentlich schwerer zu erzielen. Umso erfreulicher ist es daher, zumindest aus sportlicher Sicht, daß es erstmals seit den Olympischen Sommerspielen 1972 in München 1988 in Seoul zu keinen sog. "Rumpf-Spielen" kommen wird.

1976 hatte in Montreal (Kanada) ein Großteil der schwarzafrikanischen Staaten nicht an den Spielen teilgenommen. Der Grund war die Entsendung einer neuseeländischen Rugby-Nationalmannschaft nach Südafrika, das zu diesem Zeitpunkt schon sechs Jahre aus der olympischen Bewegung ausgeschlossen war. 1980 boykottierten eine Reihe westlicher Länder, darunter die Bundesrepublik und die USA, die Moskauer Spiele wegen des sowjetischen Engagements in Afghanistan. 1984 schließlich lehnten die meisten sozialistischen Länder eine Teilnahme in Los Angeles ab, da sie die Sicherheit ihrer Delegationen als nicht gewährleistet ansahen.

Diese "Rumpf-Spiele" und die damit verbundenen politischen Querelen waren es denn auch, weswegen die olympische Bewegung von ihren Kritikern mehr als einmal totgesagt wurde. Doch Totgesagte leben bekanntlich länger: So ist der voraussichtliche Teilnahmerekord an den XXIV. Sommerspielen für die olympische Bewegung tatsächlich so etwas wie eine eindrucksvolle, wenn auch späte Bestätigung dafür, daß die Idee der Völkerverständigung, betrieben als friedlicher universeller Sportwettkampf, offensichtlich nichts von ihrem Reiz verloren hat.

Die hohe Beteiligung an der diesjährigen Sommer-Olympiade ist nun gewiß kein Verdienst des Gastgeberlandes und seines Regimes. Sie ist vielmehr Ausdruck der allgemeinen weltpolitischen Veränderungen und auch darauf zurückzuführen, daß das IOC die NOKs finanziell massiv unterstützt. So übernimmt es für jeweils sechs Teilnehmer pro Land (drei Sportler/drei Funktionäre) alle Kosten und macht damit vor allem den ärmsten Ländern die Olympia-Teilnahme mög-

lich. Doch vermögen auch internationale Entspannung und großzügige finanzielle Unterstützung seitens des IOC nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Weg nach Seoul von Anfang an steinig war.

Auf dem Kongreß des IOC 1981 in Baden-Baden gab es für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1988 zwei Bewerber: Nagoya in Japan und Seoul in Südkorea. Von den 79 stimmberechtigten Mitgliedern im IOC-Exekutivkomitee entschieden sich seinerzeit 52 für Seoul.

Diese Entscheidung löste in aller Welt größte Überraschung aus. Denn zu lebendig waren noch die Bilder unbeschreiblicher Brutalität, mit der das Seouler Regime 1980 den Volksaufstand von Kwangju niederschlagen ließ. Etwa 2.000 Tote und über 1.000 Verletzte waren damals Ergebnis dieses mit Billigung des Oberkommandos der in Südkorea stationierten US-Streitkräfte begangenen Massakers.

So wurden denn auch die Vorbehalte gegenüber der IOC-Entscheidung, die Olympischen Spiele an ein Land zu vergeben, in dem staatlicher Terror und Repression zum Alltag gehören, anläßlich der Asienspiele im Herbst 1986 vollauf bestätigt. Während der 14tägigen Dauer dieser seinerzeit als "Generalprobe für die Olympischen Spiele 1988" apostrophierten Sportwettkämpfe war Seoul quasi unter Ausnahmezustand gestellt. Ca. 100.000 Soldaten und Polizisten hatten die Stadt in ein regelrechtes Heerlager verwandelt. Vor neuralgischen Punkten wurde Militär mit aufgepflanzten Bajonetten postiert.

76.312 Bürger Südkoreas waren kurzerhand für 29 Tage ins Gefängnis gesteckt, weitere 263.564 angeblich "kriminelle Elemente" bereits vor den Spielen festgenommen und "ermahnt" worden. Daß es bei diesen Maßnahmen weniger um den Schutz von Sportlern und Besuchern der Asienspiele ging, lag deutlich auf der Hand. Denn was da seitens des Seouler Regimes zynisch als "Sicherheitsvorkehrungen" verkauft und von nicht wenigen westlichen Korrespondenten auch als solche kolportiert wurde, war nichts anderes als eine Bürgerkriegsübung gegen die eigene Bevölkerung.

Daß die "friedlichen sportlichen Wettkämpfe" ausgerechnet unter einer Militärdiktatur ausgetragen werden sollen, hat im Sommer 1987 sogar innerhalb des IOC für einigen Wirbel gesorgt. Denn auf dem Höhepunkt der massiven Protestund Demonstrationswelle für eine Demokratisierung des Landes wurde zeitweilig eine Verlegung der Spiele nach Los Angeles, Westberlin und München in Erwägung gezogen. Nach den Zugeständnissen des Regimes an die Opposition blieb es aber doch bei der südkoreanischen Metropole Seoul.

Für die Machthaber Südkoreas ging mit der Baden-Badener IOC-Entscheidung ohnehin ein Wunschtraum in Erfüllung. Was Japan mit der Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1964 in Tokio recht war, soll — so das Kalkül — Südkorea allemal billig sein. Das Land will bis 1991 unter den 10 größten Handelsnationen der Welt rangieren. Vehikel dafür sollen nicht zuletzt die "magischen Pal-Pal" (die '88er Spiele) sein.

So heißt es denn auch in einem amtlichen Werbefaltblatt: "88 ist eine magische Zahl für Korea. Sie ruft Erregung hervor. Sie hat die Kraft, Berge zu versetzen, Bauten in die Höhe zu ziehen und den Lauf des Flusses zu verändern. Sie symbolisiert Fortschritt: den Fortschritt einer Nation, die sich seit der Zerstörung des Krieges zu einem modernen Land entwickelt hat, Gastgeber der Olympischen Spiele."

Das geradezu emphatische Bemühen Südkoreas, sich mittels dieses sportlichen Großereignisses vor aller Welt als aufstrebendes, modernes Industrieland darzustellen, erklärt sich zudem mit den erhofften außenpolitischen Erfolgen gegenüber Nordkorea: Der Weltöffentlichkeit soll mit Südkorea das "bessere Korea" präsentiert, der "kommunistische Norden" international isoliert werden

Daß Nordkorea unter diesen Umständen von Beginn an auf einen Boykott der diesjährigen Olympischen Sommerspiele orientierte, ist kaum verwunderlich. Mitstreiter fand Pjöngjang für seine Boykottkampagne allerdings kaum. Denn auch die sozialistischen Länder hatten ihre Teilnahmeabsichten schon frühzeitig bekundet. Die Regierung in Pjöngjang lenkte daraufhin ein, forderte aber die Ausrichtung eines Teils der sportlichen Wettkämpfe im Norden des Landes.

Viele NOKs aus Ländern der Dritten Welt, die sozialistischen Staaten und auch IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch unterstützen Nordkorea im Anliegen, die Spiele grenzübergreifend auszurichten. Für Samaranch und das IOC war das allerdings eine gewagte Gratwanderung.

Erstmals seit der Münchner Olympiade 1972 wird es in Seoul zu keinen "Rumpf-Spielen" kommen

Denn erst ein einziges Mal wurde in der Geschichte Olympischer Spiele ein Teil der Wettbewerbe in verschiedenen Ländern ausgetragen. Und zwar 1956: Damals verweigerten die australischen Behörden wegen der strengen Quarantänevorschriften den Pferden der ausländischen Teilnehmer am Reiterwettbewerb bei den Spielen von Melbourne die Einreise. Der olympische Reiterwettbewerb fand daraufhin in Schweden statt.

Um im Falle Koreas tatsächlich grenzübergreifende Spiele zu ermöglichen, bot das IOC Nordkorea die Ausrichtung der Wettbewerbe im Bogenschießen, Tischtennis, Frauen-Volleyball, Radsport (Einzelentscheidung Männer) und eine Vorrundengruppe im Fußball an. Demgegenüber forderte Nordkorea zunächst die völlig Gleichberechtigung als Ausrichter, später dann zumindest ein Drittel der Wettbewerbe sowie ein eigenes Eröffnungszeremoniell auch in Pjöng-

Von 237 sportlichen Entscheidungen nur 10 in fünf Disziplinen ausrichten zu dürfen, war und ist dem Norden jedenfalls zu wenig. Mehrere Verhandlungsrunden in Lausanne und Panmunjon brachten bis heute kein für alle Beteiligten akzeptables Ergebnis. Daß die südkoreanischen Machthaber zudem wenig daran interessiert sind, sich für eine Lösung dieser Frage im Interesse der gesamten olympischen Bewegung einzusetzen, verdeutlichte nicht zuletzt die Hetzkampagne gegen den Norden im Zusammenhang mit dem Absturz einer südkoreanischen Verkehrsmaschine Mitte November 1987 über Burma.

Mitten in die noch laufenden Verhandlungen und drei Tage vor Meldeschluß präsentierten die südkoreanischen Medien das "Geständnis" einer "nordkoreanischen Agentin", zusammen mit einem Komplizen das vollbesetzte Flugzeug in die Luft gesprengt zu haben, als "Tatsache".

Beweise dafür ließen, sich zwar keine erbringen. Dennoch wurde dem Norden die Schuld in die Schuhe geschoben, um so weitere Verhandlungen über die Beteiligung Nordkoreas an der Ausrichtung der diesjährigen Olympischen Sommerspiele zu verhindern. Die Reaktion aus Pjöngjang war somit vorprogrammiert: Zum Meldeschluß am 17. Januar verbreitete das nordkoreanische NOK eine Erklärung, in der es kurz und bündig hieß: "Wir werden nicht an Olympischen Spielen teilnehmen, die von Südkorea allein veranstaltet werden."

Diesen Boykottabsichten Nordkoreas hat sich bisher nur Kuba angeschlossen. Albanien, Äthiopien und die Seychellen hatten dagegen die Anmeldefrist ohne Abgabe von irgendwelchen Erklärungen verstreichen lassen. Und Nicaragua hatte seine Nichtteilnahme bereits im Vorfeld mit eigenen innenpolitischen Problemen sowie dem gegen das Land gerichteten Contra-Krieg begründet.

In einem Schreiben an IOC-Präsident Samaranch erklärte Kubas Staatschef Fidel Castro die Absage mit der schwierigen und unüberschaubaren politischen Situation in Südkorea. Niemand könne eine Garantie dafür geben, daß es nicht während der Spiele zu neuen Unruhen und Massendemonstrationen komme. Die moralischen Prinzipien der Völker seien für Kuba wichtiger als "die Emotionen der Olympischen Spiele oder die Goldmedaillen, die man gewinnen

IOC-Chef Samaranch (M.) bei Verhandlungen mit Kim Chong Ha (l., Südkorea) und Kim Yu Sun (Nordkorea)



könne."

Sollte Kuba den Olympischen Spielen tatsächlich fernbleiben, so würde sich das sportlich vor allem im Boxen, in der Leichtathletik und im Volleyball auswirken. Die Kubaner gelten seit Teofilo Stevenson als Boxnation Nummer ein, stellen sieben von 12 Weltmeistern und fünf von 12 Weltcup-Siegern. Im Volleyball der Frauen ist Vize-Weltmeister Kuba Favorit. Und auch die Männer, Vierte der letzten Titelkämpfe, wären ernsthafte Medaillenkandidaten.

In dem von Kubas NOK-Präsidenten Manuel Gonzalez Guerra vor Journalisten in Havanna verlesenen Schreiben an IOC-Präsident Samaranch stellte Fidel Castro allerdings auch fest, daß Kuba bereit sei, seine Entscheidung rückgängig zu machen, falls es doch noch zu einer Ausrichtung der Spiele in Süd- und Nordkorea käme. Daß dies aber nur noch mit der schnellstmöglichen Annahme des IOC-Vorschlags (fünf der Wettbewerbe im Norden) durch Pjöngjang verbunden sein kann, machte Juan Antonio Samaranch auf einer Pressekonferenz in Lausanne nach Ablauf der offiziellen Meldefrist deutlich: "Wenn Nordkorea sich doch noch bereit erklären sollte, unseren Vorschlag anzunehmen, werden wir weiter verhandeln... Allerdings ist es ein Wettlauf gegen die Uhr."

Die Chancen für eine Einigung stehen jedoch schlecht. Denn Nordkorea hat sich durch seine inkonsistente Haltung in der Frage des Boykotts bzw. der teilweisen Ausrichtung der Spiele international weitgehend isoliert. Und auch Kuba läuft Gefahr, sich mit seiner Nichtteilnahme ins sportpolitische Abseits zu manövrieren. Zumal die Haltung Kubas und Nordkoreas auch in krassem Gegensatz zu der fast aller übrigen sozialistischen Staaten und Dritte-Welt-Länder steht.

So sagte der sowjetische Sportminister Marat Gramow über die Teilnahme seines Landes: "Wir wollen damit zu einer entspannteren und sichereren Welt beitragen. Dies entspricht dem Geist der Zeit. Die Türen der Verständigung müssen offenbleiben. Wir müssen nach neuen Formen der Weiterentwicklung der Verständigung suchen und die bewährten beibehalten. Wir müssen nach vorne schauen und nicht über gestern diskutieren."

Probleme werfen die XXIV. Olympischen Sommerspiele allerdings nicht nur durch den Austragungsort und dessen politisches Umfeld auf, sondern auch durch zunehmende Vermarktung und Kommerzialisierung der Spiele schlechthin. So werden sich die Kosten für deren reibungslosen Ablauf in Seoul auf mindestens 3 Mrd \$ belaufen.

Bei der "Versteigerung" der Fernsehübertragungsrechte "gewann" die US- Fernsehgesellschaft NBC (National Broadcasting Companies). Sie wird zwischen 300 und 500 Mio \$ zahlen. Dafür soll dann aber auch der Zeitplan der Olympischen Spiele nach den Wünschen der Fernsehanbieter zurechtgebogen werden: Um die Werbung zur besten Sendezeit in den USA zu plazieren, werden beispielsweise die Entscheidungen im Basketball, im Boxen, in der Leichtathletik und im Schwimmen in die frühen Vormittagsstunden verlegt.

Zudem hat das Exekutivkomitee des IOC mit der Marketing-Gesellschaft "International Sports, Culture and Leisure" (ISL) einen Vertrag geschlossen, der bis Ende 1988 fast 300 Mio \$ einbringen soll. Dem Unternehmen wird damit weltweit und exklusiv das Recht auf Vermarktung der Olympischen Spiele 1988 in Calgary und Seoul sowie die Nutzung der olympischen Ringe zu Werbezwecken zugesichert. So strebt ISL für Seoul insgesamt 12 Sponsorverträge an. Handelseinig wurde das Marketing-Unternehmen dabei u.a. bereits mit Coca-Cola, Kodak, dem Kurier-Dienst Federal Express, der Kreditfirma VISA, mit Time Inc. und dem japanischen Konzern Brother.

Da sich der Endbetrag der Werbeeinnahmen an der jeweiligen Marktsituation in den einzelnen Ländern orientiert, werden die NOKs der westlichen Industriestaaten auch die höchsten Einnahmen erzielen. Unterm Strich dürfte dabei aber auch Seoul seinen Schnitt machen, betrug der Gewinn 1984 in Los Angeles doch immerhin schon 215 Mio \$. Angesichts dieser gigantischen Vermarktung scheint es denn auch nur konsequent, daß innerhalb des IOC die "Offnung" der Spiele für Profis munter vorangetriehen wird

Doch das sind Probleme, die sich für die olympische Bewegung auch unabhängig vom jeweiligen Austragungsort der Spiele stellen. Die mahnenden Worte Baron de Coubertins, der 1894 die Olympischen Spiele neu begründete, "...meine Freunde und ich haben nicht gearbeitet und euch die Spiele wiedergegeben, damit ihr sie zu einem Museum oder Kinostück macht oder damit Geschäftsleute oder Politiker sich ihrer bemächtigen", sind heute jedenfalls aktueller denn je. Das trifft übrigens auch auf die Äußerung von IOC-Präsident Samaranch zu, der im Zusammenhang mit dem Melderekord für die XXIV. Olympischen Sommerspiele in Seoul feststellte: "Die Spiele profitieren von der allgemeinen Atmosphäre der Entspannung; ist das nicht der Fall, leiden sie darunter." In der Tat: Olympische Spiele können nicht "aus sich heraus" Frieden schaffen. Aber sie können sehr wohl einen bereits in Gang befindlichen Prozeß der Friedensstiftung unterstützen.

Publik-Forum -A-K-T-U-E-L-L-



Gegen den Terror Südafrikas gegen seine schwarzafrikanischen Nachbarn. Die Zeitung zur bundesweiten Kampagne. 8 Seiten.

Für die Länder der "3. Welt" ist unser Geschäft mit den Krediten oft ein Geschäft mit dem Tod. Gibt es Lösungen? 8 Seiten





rung der
Schöpfung zu
Hauptanliegen
von Einzelnen,
Gemeinden,
Kirchen und
Nationen werden. Machen
wir uns auf
den Weg.
4 Seiten.

Damit Gerech-

und Bewah-

tigkeit, Frieden

Bestellschein

Schicken an: Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel

Bitte senden Sie mir

Ex. PF-Aktuell: Apartheid tötet auch in Mosambik

Ex. PF-Aktuell: Die Schuldenbombe
Preis: 20 Stück 15, – DM, 100 Stück 40, – DM, 300 Stück 90, – DM, 1000 Stück 250, – DM, jeweils zuzüglich Ver-

Ex. PF-Aktuell: Einladung zum Konziliaren Prozeß

Preis: 25 Stück 10,– DM, 100 Stück 25,– DM, 300 Stück 60,– DM, 1000 Stück 150,– DM, jeweils zuzüglich Versandkosten.

ein Ansichtsex, von

☐ PF-Aktuell: Apartheid tötet auch in Mosambik

☐ PF-Aktuell: Die Schuldenbombe

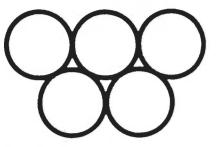
☐ PF-Aktuell: Einladung zum Konziliaren Prozeß
DM 2,— in Briefmarken liegen bei.

☐ die nächsten beiden Ausgaben von Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, unverbindlich und kostenlos zu.

Achtung: Nicht den Absender vergessen!

KOREA

OLYMPIA KAMPAGNE '88



VERBINDUNG SCHAFFEN!

29.000 Athleten und Journalisten werden während der XXIV. Olympischen Sommerspiele (17. September - 2. Oktober 1988) erwartet. Für den reibungslosen Ablauf dieses bedeutsamen Sportereignisse betreibt das Gastgeberland Südkorea einen beträchtlichen Aufwand, Geschätzte Kosten: mindestens 3 Mrd \$.

Auch wir bereiten uns vor auf die Olampischen Spiele:

Die Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88 – ein Zusammenschluß politischer, kirchlicher und humanitärer Organisationen und anderer Gruppen, Deutsche und Koreaner, die in der Bundesrepublik leben – will Verbindung schaffen zum Gastgeberland und seinen Menschen.

- Kultureller Austausch und Verständigung
- Politische Solidarität!

Wer profitiert von den Olympischen Spielen?

Der Völkerverständigung sollen sie dienen. Am deutlichsten zeigte die XI. Olympiade 1936 in Berlin, für welche Zweeke sich ein Sportereignis dieser Größenordnung trotz der stets beschworenen Trennung von Sport und Politik mißbrauchen läßt,

Die Olympischen Spiele des letzten Jahrzehnts blieben "Rumpf"-Olympiaden. Aus jeweils unterschiedlichen politischen Gründen wurden sie boykottiert. Zunehmend gerieten sie in den Sog der Ost-West-Blockkonfrontation. Auf der Strecke blieb die Völkerverständigung.

Stattdessen gab es Olympiaden des Werberummels und Prestigegewinns für Staaten und Regierungen. Darum auch geht es der südkoreanischen Regierung 1988.

Für die Bevölkerung des Landes ist der Nutzen dieser Spiele fragwürdig. Für sie heißt das: Stadtsanierung für eine touristengerechte, saubere Hauptstadt. Straßenhändler, Slumbewohner, die Armen überhaupt, stören in diesem Bild.

Schon seit Jahren werden sie hin und her geschoben, Planierraupen sind für sie "zuständig". Die Olympischen Spiele geben einen zusätzlichen Anschub, Südkorea zu "modernisieren".

Die allgemeinen Lebenshaltungskosten – vor allem die Grundstückspreise und Mieten – steigen zu Lasten eines Großteils der Bevölkerung. Verläuft die Olympiade wie das letzte sportliche Großereignis – die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko –, so wird sie eine Show für die Zahlungskräftigen, Erfolgreichen, die Mit-

tel- und Oberschichten des Landes.

Das Regime Chun Doo Hwans, der sich 1980 an die Macht putschte, betrieb eine intensive Lobbyarbeit, um diese Olympiade nach Seoul zu holen. Sein Kalkül: Südkorea und sein Regime sollen der Welt als Demokratie und Teil des "freien Westens", als wirtschaftspolitisch dynamisches und sozial "befriedetes" Musterland vorgeführt werden. Dieselbe Vision hegt der seit Dezember 1987 amtierende neue "starke Mann" Roh Tae Woo — wie sein Vorgänger ein Ex-General.

Korea '88 - Was wir wollen

Gerade weil wir Sport und Politik nicht trennen, informieren wir im Vorfeld und während der Olympischen Spiele über das "ganze Korea":

- Geschichte und kulturelles Erbe Koreas.
 Die Menschen wie sie arbeiten, wie sie
- Die Menschen wie sie arbeiten, wie sie leben.
- Den Widerstand gegen die Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in Südkorea – wie er zu unterstützen ist.
- Das Streben nach nationaler Eigenständigkeit und Überwindung der Spaltung des Landes – das es anzuerkennen gilt.

Die Völkerverständigung in die eigene Hand nehmen, haltbare Verbindung schaffen mit Korea, das heißt: Korea Olympia Kampagne '88. Kontakte dürfen nicht allein westdeutschen Banken und Unternehmen überlassen bleiben, die in Südkorea investieren und hier bei uns vor der ostasiatischen Konkurrenz war-

Informationen - Materialien

Das bietet die Arbeitsgemeinschaft allen Interessenten an:

- Korea-Forum, Hintergrundinformationen zu verschiedenen Themenbereichen mit Kurzinfos, aktuellen Berichten und Dokumenten.
 Eine kommentierte Bücherrundschau und
- Zusammenstellung audiovisueller Medien.
- Vermittlung von Referenten und Experten.
 Angebote für Kulturveranstaltungen mit
- Angebote für Kulturveranstaltungen mit koreanischen Künstlern und Kulturgruppen.

Unser Beitrag zur Mitarbeit und Zusammenarbeit

• Seminare und bundesweite Treffen mit Sportlern, Journalisten, Gewerkschaftern, ökumenisch engagierten Christen, entwicklungsbezogenen Aktionsgruppen, der Friedensbewegung und anderen Interessierten.

- Hilfe und Anregung beim Aufbau örtlicher Olympia-Aktionsgemeinschaften und themenbezogener Projektgruppen.
- Gemeinsame bundesweite öffentliche Aktionen.

Aufruf zur Unterstützung

Wir suchen die Mitarbeit vieler, damit wir informieren und wirksame Solidarität organisieren können. Dafürbenötigen wir Spenden.

Korea Olympia Kampagne '88 – Verbindung schaffen!

Kontakt/Koordination/Anfragen Reinhard Böker, Ostasien-Referat, terre des hommes, Ruppenkampstraße 11a, D-4500 Osnabrück, Tel. (0541) 71 01-134.

Informationen/Publikationen

Rainer Werning, Korea-Informationsstelle, c/o terre des hommes, Ruppenkampstraße 11a, D-4500 Osnabriick, Tel. (0541) 7101-22. Spendenkonto:

Evangelische Darlehensgenossenschaft Kiel, Konto-Nummer 85 111 (BLZ 210 602 37) – Stichwort: Korea. Spenden sind steuerlich absetzhar!

Träger der Kampagne sind bislang (Stand: 15.02.1988):

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West (aej) . Evangelische Studentengemeinde in der BRD und Berlin West (ESG) . Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) . Koreanische Aktionsgemeinschaft . Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft . Korea-Komitee in der BRD und Berlin (West) . Korea-Initiativgruppe Nordelhien . Antiimperialistisches Solidaritatskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) . Südostasien Informations stelle / Verein für Entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien . Jungsozialist/inn/en in der SPD . Solidaritätsfands Dritte Welt . DIE GRÜNEN a terre des hommes Deutschland (tdh) . Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) - Die Falken . Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ) . Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) . Action Solidarité Tiers Monde (ASTM), Luxembourg

Hemden/Sweatshirts der Korea Olympia Kampagne (16/20 DM plus Porto) sind in allen gebräuchtichen Größen und in den Farben Weiß, Gelb, Hellblau und Piuk erhältlich bei: Klaus Westen, Esborner Straße 89, 5802 Wetter 1 (Esborn), Telefon (0 23 35) 727 53



AIR - Die Oritte-Welt-Zeitschrift 4/1988

Aktions- und Materialspiegel

Medien

"Südkorea – eine Einführung" (52 Dias mit Textheft, zur Zeit noch in einer Fassung von 1980. Aktualisierung geplant). Anfragen bei der Geschäftsstelle des Korea-Komitees.

Dia-Serien zur verschiedenen Themen bietet ferner terre des hommes an.

"Menschenrechtsverletzungen in Südkorea" (Tonbildreihe von 1981, wird zur Zeit aktualisiert, enthält auch allgemeine Informationen zu Land und Leuten). Zu entleihen bei der Korea-Koordinationsgruppe von Amnesty International.

"Kwangju – die blutige Niederschlagung eines Volksaufstandes in Südkorea" (Video-Aufzeichnungen zweier ARD-Sendungen aus dem Jahre 1980 mit Dokumentaraufnahmen von den Ereignissen). Anfragen bei der Ge schäftstelle des Korea-Komitees,

"Bilder aus der südkoreanischen Minjung-Bewegung" (eine Ausstellung von Original-Grafiken aus Korea samt umfangreichem Katalog). Die Ausstellung kann entliehen werden über: Andreas Jung, Friedrich-Ebert-Anlage 42, 6900 Heidelberg, Tel. 06221-20373.

Bücher und Broschären

Rainer Werning (Hg.), Korea – Annäherungen an ein geteiltes Land. Aufsätze, Reisenotizen, Analysen, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, ca. 220 Seiten, ca. 14,80 DM.

Dieses Buch beleuchtet die unterschiedlichsten Facetten der Realität Koreas: Schwerpunkte sind die Geschichte des Landes (Kolonialismus, Spaltung, Korea-Krieg), die Ursachen des Wirtschafts,,booms" im Süden, die Politik des Widerstands sowie die Entwicklung und Wiedervereinigungspolitik Nordkoreas. Einzelbeiträge der bundesdeutschen und koreanischen Autoren beschäftigen sich mit der US-Militärstrategie und -politik auf der Halbinsel, mit Atomwaffen und -industrie im Süden, mit Aspekten der Beziehungen BRD-Südkorea und den Olympischen Spielen. Eine ähnliche Themenbreite zeichnet auch

Michael Denis/Esther Dischereit/Du-Yul Song/Raimer Werning, Südkorea. Kein Land für friedliche Spiele, Rowohl Taschenbuchverlag, Reinbek 1988, 254 Seiten, 10,80 DM

aus. Die Beiträge, die sich ausschließlich mit dem Süden befassen, sind insgesamt knapper gehalten und mit Selbstzeugnissen, Augenzeugenberichten, Gedichten und Fotos angereichert. Stärker als im Pahl-Rugenstein-Band sind hier Alltagsprobleme von Arbeitern und Bauern, die Kultur des Widerstands und die aktuelle politische Entwicklung gewichtet.

Chong-Oh Lee, Südkorea 1961-1979. Die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Bewegungen, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1986, 338 Seiten, 36 DM

zieht eine Zwischenbilanz der politischen und sozialen Entwicklung Südkoreas vom Machtantritt des Diktators Park Chung Hee 1961 bis zu seiner Ermordung 1979. Der Autor beschreibt die verschiedenen politischen Krisen des Regimes und legt ein Schwergewicht auf die Analyse der sozialen Bewegung, darunter vor allem die Arbeiter- und Studentenbewegung.

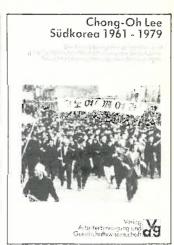
Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Im Auge des Taifuns. Atomare Schicksale und Strategie in Korea, Tübingen 1987, 28 Seiten, 3 DM.

Diese Broschüre beschreibt die Geschichte der





Tübingen



Militarisierung der Halbinsel, die Stationierung von Atomwaffen in Südkorea und die Militärstrategie der USA und Japans. Weitere Kapitel befassen sich mit dem Aufbau und den Gefahren der südkoreanischen Atomindustrie, mit der Fähigkeit Seouls, eigene Atomwaffen zu bauen, sowie mit dem Schicksal der koreanischen Opfer der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki.

Kontaktadressen

In der Bundesrepublik und Berlin (West) bestehen mehrere Gruppen und Organisationen, die sich zum Teil ausschließlich, zum Teil neben anderem der Solidarität mit dem koreanischen Volk, insbesondere der demokratischen Opposition in Südkorea gewidmet haben. Sie treffen sich regelmäßig zur Korea-Koordinations-Konferenz, c/o Gerhard Köberlin, Ev. Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13, Tel. 040-4158222/6 und R. Scheuermeier, Ev. Missionswerk in Südwestdeutschland, Vogelsangstr. 62, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-638131.

Das Korea-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V., c/o Prof. Dr. Günter Freudenberg, Zeppelinstr. 25, 4500 Osnabrück, Tel. 0541-41717, faßt deutsche und koreanische Regionalgruppen (zur Zeit in München, Heidelberg, Frankfurt, Ruhrgebiet, Osnabrück und Hannover) sowie interessierte Einzelpersonen zusammen.

Die Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft, c/o Wolfgang Pack, Zülpicher Str. 201, 5000 Köln 41, widmet sich besonders den Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea).

Die meisten koreanischen Gruppen sind zu erreichen über die Union der Demokratischen Koreaner in Europa, Schöneberger Ufer 53, 1000 Berlin 30 und über die Union für Demokratie und Wiedervereinigung Koreas, Sektion Europa, c/o Rhee Jong-Hyoun, Ritterstr. 45, 4100 Duisburg 12. Über sie koordinieren sich u.a.:

Chon-Tae Il-Komitee, Forum für Demokratie in Korea, Koreanisch-Deutscher Kulturkreis e.V. (Berlin), Koreanischer Arbeiterverband, Die Koreanischen Frauengruppen in der BRD und West-Berlin.

Die politisch engagierten koreanischen Kirchengemeinden in der Bundesrepublik haben als Kontaktperson Pfarrer Park Myung-Chul, Lupinenkamp 52, 2000 Hamburg 63.

Außerdem existieren zwei christliche koreanische Gruppen, die sich um den Dialog mit der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik bemühen: Christen im Ausland für die Wieder-

vereinigung Koreas, c/o Pfarrer Lie Young-Bin, Heinrich-Seliger-Str. 6, 6000 Frankfurt 71 und Koreanischer Christenverband im Ausland, c/o Pfarrer Lie Hwa-Son, Güntersburgallee 96, 6000 Frankfurt 60.

Der Konvent der koreanischen Pfarrer und Gemeinden in der BRD sowie alle deutschen kirchlichen Stellen, die mit Korea zu tun haben, werden koordiniert von Pfarrer Gerhard Köberlin, Evangelisches Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13, Tel. 040 - 4153222/6 und R. Scheuermeier, Ev. Missionswerk in Süddeutschland, Vogelsangstr. 62, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-638131.

Amnesty International, Deutsche Sektion, hat für alle AI-Gruppen, die koreanische Gefangene betreuen, eine Korea-Koordinierungsgruppe, c/o Otmar Rüther, Hordeler Str. 66, 4630 Bochum 1, Tel. 0234-57165.

Materielle Hilfe für Südkorea leistet das Kinderhilfswerk terre des hommes Deutschland e.V., Postfach 4126, 4500 Osnabrück, Tel. 0541-7101134.

Zeitschriften, Bulletins

Die Korea-Korrespondenz wird vom Korea-Komitee herausgegeben, erscheint sechsmal im Jahr mit aktuellen Berichten zu Korea, kostet 10 DM im Jahresabbonnement und kann bestellt werden bei der Geschäftstelle des Korea-Komitees (siehe Adressen) oder durch Überweisung von 10 DM auf Konto 416270-609, Postgiroamt Frankfurt, Korea-Komitee (Sonderkonto 'Zeitung').

Der Korea Report veröffentlicht detailierte Berichte und Meldungen insbesondere zu Menschenrechtsfragen. Er kann bestellt werden über: Evangelisches Pfarramt, Kirchstr. 6, 7504 Weingarten.

Die Korea Nachrichten – Informationen über Christentum, Religion und Politik in Korea erscheinen zweimonatlich und sind zu beziehen bei: R. Scheuermeier, Ev. Missionswerk in Süddeutschland, Vogelsangstr. 62, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-638131.

Amnesty International, Korea-Koordinationsgruppe der Deutschen Sektion, versendet etwa alle zwei Monate eine Presseschau mit Meldungen zu Korea sowie in unregelmäßigen Abständen ein Informationsblatt zu Menschenrechtsverletzungen in Südkorea. Bezug über: M. und W. Bell, Maashänserweg 18, 4630 Bochum 7, Tel. 0234-286449.

Dokumentationen des Evangelischen Pressedienstes, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1, veröffentlichen unregelmäßig übersetzte Dokumente insbesondere aus der christlichen Opposition in Südkorea.



ie Welt richtet ihren Blick auf die Palästinenser.



Georg Stein **DIE PALÄSTINENSER**

Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes.

Mit einem Vorwort von Erich Fried
Ein Bildband mit 140 Farbfotos
Begleittexte in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch.
Format 23 x 26 cm
160 Seiten, DM 48,-

Georg Stein richtet seinen Blick und seine Kamera auf die Palästinenser. Wie sehen die Menschen aus, ihre Gesichter, ihr Lächeln und ihre Verzweiflung? Wie leben sie? Womit spielen ihre Kinder? Wo begegnet ihnen die Gewalt, und wie wehren sie

sich? Der Widerstand lebt in Gesten, in Zeichen an der Wand, in den Spuren der Geschichte und in der politischen Arbeit der PLO. Mit 140 Bildern in einem kostbar gedruckten Buch, in ruhigen, sehr genauen Bildern, nähern wir uns Menschen, die ein Unrecht abwehren, das nicht zu verdrängen ist, wenn das Bewußtsein sich nicht trüben und die Moral nicht verkommen soll. Darauf allerdings legt dieses klare und schöne Buch Wert – und damit überzeugt es.

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN